

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

241 (16.10.1930)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung der Zahlungsfrist, bei gerichtlicher Forderung und bei Konkurs außer Kraft tritt. © Erläuterung und Geschäftsform in Karlsruhe L. 2. © Schutz der Anzeigen-Einnahme 8 Uhr normaler

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. ohne Inflation 2,20 Mark o. Durch die Post 2,00 Mark o. Einzelverkauf 15 Pfennig o. Erscheint 6mal wöchentlich normaler 11 Uhr o. Postfach 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2., Weidstraße 26 o. Fernruf 1020 und 1021 o. Postfach-Mitteilungen: Durlach, Hauptstraße 9; D.-Doben, Josephstraße 12; Rastatt, Rastattstraße 2; Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 241

Karlsruhe, Donnerstag, den 16. Oktober 1930

50. Jahrgang

Siegreiche Kampfprobe

Löbe als Reichstagspräsident gewählt

Vizepräsidenten: Stöhr (Nationalsozialist), Esser (Zentrum), Graef (Deutschnational)

Berlin, 15. Okt. (Via Draht.) Der Reichstag des 14. Septembers ist von innen und außen in seiner Lebensfähigkeit bedroht. Dem so mehr scheint er in ungemächtem Maße die öffentliche Aufmerksamkeit zu erwecken. Die Abgeordneten aller Parteien werden um Eintrittskarten besüßigt. Tausende von Einlasssuchenden mußten auch am Mittwoch abgewiesen werden. Trotzdem war im Saale eine beängstigende Fülle. Auf den Tribünen drängten sich die Besucher bis in die hinterste Ecke. Die Wandelhalle war befüllt wie nie. Es ging um die erste parlamentarische Kraftprobe.

Löbe oder Scholz war die Lösung des Kampfes. Wird der Antimarkistenblock liegen? Wird der erste vereinte Vorstoß der Rechten mit einer Niederlage der geschwächten und gekochten Sozialdemokratie enden? Die Spannung ist gewaltig. Wie aber auch die Entscheidung fällt, so ist doch der Eindruck im Hause schon allgemein: Die Nationalsozialisten haben ihre erste große Niederlage, ihre erste Niederlage auf dem parlamentarischen Kampffeld, ihre peinliche Selbstenttarnung vor sich. Gegen den ehemaligen Schriftsteller, den erprobten Arbeiterführer Löbe, der unbedeutend ist wie einst, als er für die Arbeiter jahrelang im Reichstagsklub saß, schlagen die Nationalsozialisten den jüdischen Vertreter des Sozialkapitalismus, den Hofmann, den Abg. Dr. Scholz, vor, diesen Mann, der doppelte Pensionen bezieht, als Oberbürgermeister und als Reichsminister a. D. Diesen dudenhaften Aufsteiger. Die Nationalsozialisten stimmen für den Vertreter des Sozialkapitals, des raffenden Kapitals. So sehen diese nationalsozialistischen Komödianten-Revolutionäre aus. Mehr noch:

Herr Scholz, dieser Kandidat der anti-jüdischen Nationalsozialisten, hat eine jüdische Frau. Erinnern wir uns: Vor einigen Monaten erst brachte im alten Reichstag der nationalsozialistische Führer Dr. Frick einen Gesetzentwurf ein, in dessen ersten Paragraphen es heißt: „Wer durch Vermählung mit Angehörigen der jüdischen Blutsgemeinschaft oder farbigen Rasse zur rassistischen Verschlechterung und Verfeinerung des deutschen Volkes beiträgt, oder beizutragen droht, wird wegen Verrats mit Zuchthaus bestraft.“

Dr. Scholz, der Kandidat der Nationalsozialisten, gehört nach der Rassenmoral seiner Freunde ins Zuchthaus. Da die Nationalsozialisten ihn dennoch wählen wollen, begehen sie selber die Sünde wider das germanische Blut, von der sie so oft fantasieren.

Am drei Uhr beginnt die Sitzung. Noch einmal präsidiert der Alterspräsident Herold. Ditmann schlägt als Vertreter der größten Fraktion des Hauses den Abgeordneten Löbe zum ersten Präsidenten vor. Die Kommunisten nehmen sofort Hilfsstellung für Dr. Scholz an und rufen Löbe zu: „Hausrecht!“ Der christlich-sozialen Abgeordnete Rippel sprach für Löbe. Dieser habe als Kandidat der größten Fraktion entsprechend der Geschäftsordnung den Anspruch auf den Präsidentenposten. Recht und Billigkeit müsse über politische Machtkämpfe gehen.

Der Volksparteiler Dauch proklamiert die Kandidatur Dr. Scholz. Der Kommunist Lorater läßt sich die Gelegenheit nicht entgehen, die Nationalsozialisten als politische Schwächlinge zu kennzeichnen. Die Nationalsozialisten hätten den Mittelparteien gelobt, die Geschäftsordnung unter allen Umständen zu halten. Sie füchten sich damit den Gesetzen des Parlamentarismus, im Gegensatz zu den Kommunisten. Die kommunistische Fraktion mache keine Kompromisse. Anscheinend hat der Kommunist Logzler veranlaßt, daß er selbst zur Bekämpfung der Femeinländer Kompromisse mit den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen abgeschlossen hat.

Der erste Wahlgang beginnt. Einzelnen werden die Abgeordneten aufgerufen und geben in geheimer Wahl ihren Stimmzettel ab. Lange dauert es, bis das Ergebnis festgestellt ist. Ein Sieg Löbes im ersten Wahlgang ist nicht zu erwarten. Endlich erhebt sich der Alterspräsident: Löbe 266, Dr. Scholz 179, Ried (Komm.) 68, Graef (Dt.) 41 Stimmen, unbeschrieben 2. Zwei weitere Stimmzettel sind unguiltig.

Stichwahl zwischen Löbe und Scholz ist notwendig. Aber schon neigt sich der Sieg dem Nationalisten zu. Eine spannungsvolle Viertelstunde, dann verkündet der Alterspräsident: Die Wahl Löbes.

„Zum Reichstagspräsidenten ist der Abg. Löbe mit 268 Stimmen gewählt.“ Dr. Scholz hat 209 Stimmen bekommen; 77 Stimmen sind unguiltig. Die Frage des Alterspräsidenten, ob Löbe die Wahl annimmt, geht in dem jubelnden Beifall der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unter. Der unterlegene volksparteiliche Intrigant Dr. Scholz geht in die Reihen der Sozialdemokraten, um Löbe zu beistimmen. Viele sozialdemokratische Abgeordnete winkten ab und rufen: „Bleiben Sie weg!“ Als Löbe zum Präsidentenamt hin-

aufsteigt, wiederholen sich die Ovationen seiner Parteifreunde. Die Fraktion hat sich erhoben und spendet dem bewährten Präsidenten und beliebten Genossen minutenlangen Beifall. Die Nationalsozialisten versuchen Gegenkundgebungen, dringen aber nicht durch.



Als Löbe seine Dankansprache halten will, sieht es so aus, als wollten die Nationalsozialisten unter Sträubers Führung ihn niederbrüllen. Die große Welle von Achtung, die jedoch aus der Mitte und der Linken des Hauses zu Löbe sich emporhebt, läßt bald die Nationalsozialisten verstummen. Löbe dankt dem Alterspräsidenten und appelliert an alle Gruppen des Reichstags, die unbedingte Arbeitswilligkeit des Parlaments zu sichern.

Die Wahl der Vizepräsidenten. Man tritt nun in die Wahl des ersten Vizepräsidenten ein. Dr. Frick schlägt den nationalsozialistischen Abgeordneten Stöhr vor.



Dieser Frick hatte sich zu Beginn der Reichstagsitzung ein tolles Stück geleistet. Er begründete die Ablehnung Löbes als Präsidenten mit dessen Bestimmung eines Kriegsdienstverweigerers. Nun ist Löbe gewählt, Herr Frick dagegen ist ein begeisteter Freund der Wehrfähigkeit und bejaht den Krieg. Trotzdem ist nicht Löbe, sondern Frick der praktische Kriegsdienstverweigerer, denn dieser Frick hat sich im rüstigsten Mannesalter während des ganzen Krieges vor dem Dienst mit der Waffe geseht und hat in Niemands auf gut bezahltem Beamtenposten durchgehalten.

Der Sozialdemokrat Ditmann erklärt, die Sozialdemokratie sei entsprechend den Bestimmungen der Geschäftsordnung bereit



Links: Zweiter Vizepräsident Esser
Rechts: Dritter Vizepräsident Graef
gewesen, auch für den Nationalsozialisten als Vizepräsidenten zu stimmen. Selbstverständliche Voraussetzung sei aber Gerechtigkeit gewesen. Da die Nationalsozialisten dem Abg. Löbe ihre Stimme nicht gegeben hätten, werde die Sozialdemokratie nicht für den

nationalsozialistischen Kandidaten, sondern für den Zentrumsabgeordneten Esser stimmen.

Löbes meisterhafte Präsidentenschaft entwickelte sich sofort. Er machte einen Vorschlag, der das Wahlverfahren wesentlich verkürzte. Die Nationalsozialisten sind im Augenblick verblüfft, stimmen aber Löbes Vorschlag zu. Die erste Antragsliste des sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten wird vom ganzen Reichstag einstimmig angenommen.

Zum ersten Vizepräsidenten wird der Nationalsozialist Stöhr mit 288 Stimmen gewählt.

Auf den Zentrumsabgeordneten Esser waren 171 Stimmen entfallen. Die Kommunisten wählen bei allen Wahlgängen den kommunistischen Abgeordneten Ried, der immer mit etwa 67 Stimmen in der Minderheit bleibt. Der erste parlamentarische Erfolg der Nationalsozialisten ist, daß ein Antimarkist unter dem marxistischen Präsidenten Löbe in die Führung des verhassten Reichstags eintritt.

Zum zweiten Vizepräsidenten wurde der Zentrumsabgeordnete Esser mit der Mehrheitsstimmenzahl von 507 gewählt. Bei der Wahl des dritten Vizepräsidenten demonstrieren die Sozialdemokraten gegen den von den Deutschnationalen vorgeschlagenen Abgeordneten Graef, indem sie den bayerischen Volksparteiler Dr. Plesner vorschlagen.

Der deutschnationale Abg. Graef wird infolgedessen erst in der Stichwahl mit 231 Stimmen als dritter Vizepräsident gewählt.

Die Beratung der Kürzungsvorschläge. Die zahlreich vorliegenden Anträge auf Kürzung der Aufwandsentschädigung der Abgeordneten und der Spitzengehälter in Reich, Staat und Gemeinden, die als Folge des ersten sozialdemokratischen Antrags zu der gleichen Materie eingebracht worden sind, werden ohne Widerspruch dem zuständigen Ausschuss überwiesen.

Reichstagspräsident Löbe gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sowohl die Kürzungsvorschläge, wie die Entzung der Spitzengehälter schon am 1. November eintreten werde. Man hätte erwarten dürfen, daß diese Mitteilung des sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten von den Nationalsozialisten, den Wirtschaftsparteilern und anderen Parteien, die im Wahlkampf mit dieser Forderung operiert hatten, jubelnd aufgenommen worden wäre. Es blieb aber auch bei den Nationalsozialisten merkwürdig still, fast, wie es an die sofortige Durchführung dieser von den Sozialdemokraten schon vor den Wahlen erhobenen Forderung geht.

Am Donnerstag: Regierungserklärung. Auf Vorschlag Löbes werden mit der für Donnerstag angekündigten Regierungserklärung zahlreiche Anträge verbunden. Als der deutschnationale Abgeordnete Coerling auch die Verbindung seines Amnestieantrags mit der Tagesordnung verlangt, macht ihn Löbe unter lebhafter Zustimmung im Zentrum darauf aufmerksam, daß die Deutschnationalen selbst verurteilt hätten, im Kalkül auszuscheiden eine entsprechende Antragsliste zu geben. Sehr verlegen ist der nationalsozialistische Führer Dr. Frick, weil er, der Vertreter der patentierten Femeinländerpartei, verhasst hat, einen Antrag auf Amnestie einzubringen. So kottert er denn verlegen daher, auch seine Fraktion habe einen solchen Antrag in Vorbereitung. Das Haus lachte den zu spät Aufstehenden aus. Die Sitzung geht friedlich zu Ende. Fast scheint es, als seien die Nationalsozialisten doch noch zur Erziehung fähig. Schwere Rückschläge werden aber bestimmt eintreten; sie werden überwunden werden, wenn Präsident Löbe von seiner moralischen und materiellen Autorität Gebrauch macht.

Sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert 40 stündige Arbeitswoche. Scharfe Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise.

Berlin, 16. Oktober. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen großen Antrag ausgearbeitet zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, der Eindämmung der wachsenden Arbeitslosigkeit und der Verhinderung der Verelendung breiter Volksmassen. In diesem Antrag wird ein Gesetzentwurf verlangt, der für die Dauer der Arbeitslosigkeit die 40 stündige Arbeitswoche vorschreibt unter gleichzeitiger Verpflichtung zur Einstellung neuer Arbeitskräfte. Außerdem sollen durch ein Gesetz die Einkünfte selbständiger Berufstätigkeit als Arbeitslohn auf die Pensionen und Wariegelder angerechnet werden. Ferner wird eine durchgreifende Preislenkung besonders bei der Industrie, den Lebensmitteln und Gegenständen des Massenbedarfs gefordert. Die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch soll wieder hergestellt werden. Schließlich enthält der Antrag Maßnahmen zur Bekämpfung der bedrohlich anwachsenden Kapital- und Steuerflucht.

Der Metallarbeiterkampf

Notwehr gegen Wahnwitz

Die Besessenen der am Berliner Metalltarifvertrag beteiligten Betriebe sind der ausgesprochenen Streikparole des Metalltarifrats gefolgt. Ein scharfer Arbeitskonflikt bedroht Berlin. Dientlich ist man sich auf beiden Seiten der Tragweite und Bedeutung des Konflikts vollkommen bewußt. Würde der vorangehende Lohnabbau der Berliner Metallindustrie Tatsache, dann wäre das Signal — ein zweites noch viel bedenklicheres und verhängnisvolleres als das von den Bauern Schiedsgerichts — zu einem Lohnabbau auf der ganzen Linie. Die Scharfmacher im Unternehmertum rechnen damit. Sie wittern Morgenluft. Der Ausfall der Wahlen hat sie übermütig gemacht. Auch bei den Christen erkennt man jetzt die von diesem Scharfmachertum her drohenden Gefahren für Staat und Wirtschaft. So schreibt der „Deutsche“, die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, das Ergebnis der letzten Reichstagswahlen habe das deutsche Unternehmertum ansehend dazu bewogen, sich in seinen Vorhaben zu überheben. „Der Ruf nach allgemeinem Lohnabbau — sogar nach Verlängerung der Arbeitszeit bei einer Arbeitslosenrate von über drei Millionen — das Verlangen des Einjahres aller staatlichen Nachmittels für die Lohnabbaubestrebungen zeigen, wie weit das deutsche Unternehmertum sich bereits wieder von der Basis gestaltender Ordnung entfernt hat.“ Nicht nur bei den Christen, sondern ganz allgemein in weiten Kreisen des Bürgertums sieht man die ernststen Gefahren, die der Wahnsinn der neuesten Scharfmacherei heraufbeschwört.

Bei dem Berliner Metallkonflikt geht es wirklich nicht um kleine Dinge. Seine Bedeutung läßt sich kaum übertreiben. Umso lächerlicher und argerer wirken die läpplichen Uebertreibungen der kommunistischen Presse. Sie fordert 20 Biennia Lohnerhöhung. Das soll nach etwas anstehen. Dabei weiß doch nun allmählich auch der letzte Arbeiter im letzten deutschen Dorf, um was es zur Zeit in Wirklichkeit geht. Ja, wenn man mit der großen Klasse Arbeitern ausfechten könnte, dann wäre die Sache einfach. Dann wäre es am besten, wenn die Gewerkschaften einpakt und das Kampffeld der K.O.D., d. h. der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ der Kommunisten überlassen würden. Sie könnte dann spielend den Konflikt lösen. Einseitigen sind wir leider noch nicht so weit, daß Arbeitstämpfe mit dem großen Maul durchschlagen werden. Einseitigen stehen die Dinge so, daß nur restlose Einmütigkeit der Arbeiterklasse in den Forderungen und Wagnissen dieser Tage einen wirklichen Schutz gegen Lohnabbau und Massenverelendung darstellt. Querschieberei ist in diesem Augenblick gleichbedeutend mit Verrat an der Sache der Arbeiter. In dem Augenblick, wo marschieren werden muß, kann nicht ratiert werden. Disziplin, Zusammenhalt und Geschlossenheit sind oberstes Gebot. Erst wenn das Unternehmertum fühlt, daß es einem geschlossenen, festen Volkswort gegenübersteht, kommt es zur Beinnung.

Dem Scharfmachertum im Unternehmertum muß zum Bewußtsein gebracht werden, daß die Notmaßnahmen zur Behebung der Krise nicht über den Kopf der Gewerkschaften hinweg der Ar-

beiterkraft einfach aufzuzwingen werden können. Die freien Gewerkschaften haben auf der letzten Tagung ihres Bundesauschusses deutlich ihren Willen kundgetan, ihrerseits mit allen Kräften Staat und Wirtschaft in allen Maßnahmen zu unterstützen, die auf eine Belebung des Arbeitsmarktes, auf eine Wiedereingliederung der Arbeitslosen in die Arbeit abzielen. Die Gewerkschaften sind sich darüber im klaren, daß für dieses große Ziel — gibt es etwas Größeres und Edleres, als den Millionen von Arbeitslosen wieder Arbeit zu verschaffen? — Opfer gebracht werden müssen. Die Arbeiter, die das traurige Los der Arbeitslosigkeit am besten kennen, sind, wenigstens so weit die große Masse der Organisierten in Frage kommt, ihrerseits zu Opfern bereit, um ihren Arbeitsbrüdern zu helfen. Aber eben deswegen haben sie ein Recht darauf, daß endlich mit den Berechtigungsausschüssen durch Unternehmertum und staatliche Schlichtung ein Schluß gemacht wird. Opfer müssen von allen gebracht werden, wenn Deutschland nicht vor die Hunde gehen soll.

Man darf erwarten, daß eine Regierung, die die Zeichen der Zeit zu lesen versteht, endlich begreift, daß sie niemals gegen die freigeorganisierte Arbeiterkraft zu einer dauerhaften Sanierung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse kommen kann. Die Lohn- und Arbeitszeitfrage kann nur im Wege einer Verständigung mit der organisierten Arbeiterkraft zum Wohle der Arbeitslosen und des Volksganges gelöst werden. Und deshalb müssen die, die es angeht — und das sind vor allem die Verantwortlichen in der Regierung — schon beim Berliner Metallkonflikt zeigen, ob sie zur Verständigung bereit und willens sind, reaktionärem Scharfmachertum die Stirn zu bieten.

Die Streiklage

Berlin, 16. Okt. Der Streiklage zufolge werden etwa 120 000 Metallarbeiter der Berliner Metallbetriebe die Arbeit niedergelagt haben. Die Bewegung ist so stark, daß selbst die Nationalsozialisten sich nicht trauen, sie zu bestärken und ein lehr demagogisches Spiel treiben.

Die Gauleitung Großberlins der Nationalsozialisten veröffentlichte einen von Goebels geschriebenen Aufruf, in dem der Metallarbeiterstreik als berechtigt und auf geistlicher Grundlage beruhend erklärt wird. Alle Nationalsozialisten müßten den Streik unterstützen. Wer Streikarbeit leistet, werde aus der Partei ausgeschlossen werden.

Der Verband Berliner Metallindustrieller, der am Mittwoch in einer Besprechung der Lage im Berliner Metallkonflikt zusammengetreten war, hat den Lohnabbau entschieden abgelehnt. Der Verband wird nunmehr die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts beantragen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion behauptet, das Reichsarbeitsministerium aufzufordern, den Schiedsgerichtsbescheid vom 16. Oktober über die Berliner Metallindustrie nicht für verbindlich zu erklären.

Die Regierungserklärung Brüning's

Vorsichtiges Abtasten

Berlin, 16. Okt. (Samstagsmorgens) Die Regierungserklärung, die Reichskanzler Brüning heute nachmittag im Reichstag abgab, wird, ist verhältnismäßig kurz und dennoch erst nach langen und schwierigen Beratungen des Kabinetts zustande gekommen. Die Erklärung wird zunächst auf die Vorverordnungen des Reichspräsidenten Bezug nehmen und dann auf Grund der gegenwärtigen finanziellen und wirtschaftlichen Situation die zur Fortsetzung des Sanierungswerkes geplanten neuen Maßnahmen erläutern.

Der Abschnitt über die Außenpolitik ist ebenfalls in langwierigen Sonderberatungen äußerst vorsichtig formuliert worden. Was die Regierungspolitik betrifft, so dürfte angekündigt werden, daß die Entscheidung über die etwaige Stellung eines deutschen Antrages auf Gewährung eines Moratoriums erst dann möglich sei, wenn die innere Sanierung hinreichend gefördert sein werde. Ein breiter Raum wird in der Regierungserklärung der Sozialpolitik gewidmet sein. Vor allem dürfte der Reichskanzler hier auf Wunsch des Reichsarbeitsministers nähere Ausführungen über die Grenzen der Lohnpolitik machen.

Die Aussprache über die Regierungserklärung wird eine Stunde nach der Beilegung dieser Erklärung beginnen.

Die Konstituierung der Ausschüsse

Der Vorkonferenz des Reichstages trat nach der Veranlassung unter dem Vorsitz des Präsidenten Löbe nochmals auf einer Sitzung zusammen, in der über die Bestellung der Vorsitzenden der einzelnen Ausschüsse verhandelt wurde.

Die Sozialdemokraten haben im Haushaltsauschuss, im Handelspolitischen Ausschuss und im Volkswirtschaftlichen Ausschuss Anspruch auf den Vorsitz, die Nationalsozialisten im Auswärtigen Ausschuss und im Rechtsauschuss, Kommunisten im Beamtenauschuss, das Zentrum im Sozialpolitischen Ausschuss und im Ausschuss für Verkehrsfragen, die Deutschnationalen im Steuer- und Wirtschaftsausschuss, den sie schon vorher durch den Abs. Oberführer verwaltest haben.

Der Vorkonferenz wird im Plenum Vorschläge machen. Die endgültige Entscheidung darüber steht dem Plenum zu.

Löbes Sieg

ein Zeichen republikanischer Stärke

Die Wahl Löbes zum Reichspräsidenten ist in allen politischen Kreisen des Auslandes mit starker Befriedigung aufgenommen worden. Man will darin den Beweis für die Tatsache sehen, daß es den republikanischen Parteien in Deutschland bei einigem guten Willen ein Leichtes sein müsse, über die Elemente der Unordnung auf der äußersten Rechten und Linken zu triumphieren.

Sturmjahren im preussischen Landtag

Im preussischen Landtag kam es am Mittwoch während der Rede des Ministerpräsidenten gegen die Anträge auf Auflösung des Landtages zu Sturmjahren, die den Ausschluß eines Nationalsozialisten und die zweimalige Unterbrechung der Sitzung zur Folge hatten.

Braun lehnte den Antrag ab, das Uniformverbot für die Nationalsozialisten aufzuheben. Mit deutlicher Bezugnahme auf die letzten Berliner Unruhen erklärte er, der unerkämpfte Terror politisch Unbedenklicher, der zu diesem Verbot führte, sei sich ausenbüßlich sogar in verstärkter Umfang. Er lehnte auch ab, das Verbot für Beamte aufzuheben. Das Verbot sei erlassen, weil feststehe, daß beide Parteien den acemalsten Umsturz erstrebten.

Aus den Reden, mit denen die einzelnen Parteien ihre Anträge begründeten, ergab sich u. a., daß die Kommunisten das nationalsozialistische Volksbegehren auf Auflösung des Landtages nicht unterließen werden.

Kommunale Steuervorlagen in Berlin

Berlin, 15. Okt. (Eig. Droht.) Der Magistrat der Stadt Berlin hat der Stadtratsordnungsversammlung eine Vorlage ausgeteilt, die die Erhöhung der Biersteuer und die Einführung einer Gemeindefuhrtaxi und einer Bürgersteuer vorseht.

Die Biersteuer soll für das laufende Rechnungsjahr 4 Millionen erbringen und beträgt pro Hektoliter für einfaches Bier 2,50 M. (bisher 1,12 M.), für Schnobier 3,75 (1,70 M.), für Vollbier 5 M. (2,25 M.) und für Starkbier 7,50 (M. 40).

Die Gemeindefuhrtaxi soll für ein Mann von allen Getränken außer Milch mit einem Steuerlokal von 10 Prozent erhoben werden. Die Biersteuer, die nach den preussischen Richtlinien erhoben wird, soll 12 Millionen Mark erbringen.

Demokratische Partei Württemberg will weiterbestehen

Der Landesvorstand der Deutschen Demokratischen Partei Württemberg hat nach einer eingehenden Erörterung der durch die Verträge in der Reichsparteiteilung der Staatspartei geschaffenen Lage den Beschluß gefaßt, die Deutsche Demokratische Partei in Württemberg weiter bestehen zu lassen und ihrem bisherigen Namen die Unterbezeichnung „Landesverband Württemberg der Deutschen Staatspartei“ beizufügen.

Späte Erkenntnis auch bei den christlichen Gewerkschaften

Die Gefahren des großen Vorkubes der politischen und wirtschaftlichen Reaktion werden jetzt auch von den christlichen Gewerkschaften, der seit Monaten einen überaus achtsamen Kampf gegen die Sozialdemokratie geführt hat, verstanden. In seiner Mittwochsausgabe einen Artikel, in dem es u. a. heißt:

„Denn daß hinter der Parole „Gegen den Nationalismus“ eine harte und ausgeprägten sozialreaktionäre Tendenz liegt, daran ist nicht zu zweifeln. Die Parole im Lager der Christlichen Gewerkschaften und Bauern, weiterhin im Bürgerium überhaupt ist: Abba der Sozialpolitik gegen die Gewerkschaften. Das zeigt, wohin der Kurs gehen soll.“

Diese Verkennung stammt, wohlgemerkt, von einem Organ, das bisher keine Hauptaufgabe in dem Kampf gegen die Sozialdemokratie gehabt hat, das jetzt aber erkennt, daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht abgebrochen ist. Dem Kampf gegen die Sozialpolitik und gegen die Arbeiterkraft sind die Gewerkschaften, die in der Auffassung des Deutschen mit einer gewissen Genugtuung.

Freuen für Kohlenpreisentung

Der mit der Leitung des Reichswirtschaftsministeriums beauftragte Staatssekretär Trendelenburg hat mit dem preussischen Staatsminister Dr. Schreiber über die preussische Unterlegung der Kohlenpreisentung der Produktionskosten, insbesondere bei der Preisentung der Kohle, verhandelt, wobei über die Maßnahmen Einverständnisse erzielt wurde.

Freistaat Baden

Der Fall Inge vor Gericht

Und siehe da — er konnte nichts beweisen

Man schreibt uns: War das ein Schlag gegen die Sozialdemokratie, als die Badische Zeitung Ende August mit der Notiz herauskam: Pifantes von links! Das würde ziehen! Es war ja Reichstagswahlzeit, und wenn man da von intimen Beziehungen einiger Sozialdemokraten zu einer Frauensperson — Inge genannt — sprechen würde, erfolge ein gewaltiger Abstieg der sozialdemokratischen Stimmen in Karlsruhe!

Damit war es ja an sich nichts, denn in der badischen Landeshauptstadt fliegen die sozialdemokratischen Stimmen von 20 508 im Jahre 1928 auf 21 608 am 14. September. Die Badische Zeitung wollte ja nicht nur ein paar bekannte Sozialdemokraten treffen, sondern die gesamte Partei!

Und wie stand nun der Verlagsleiter Weiskopf am Dienstag vor Gericht da? Armstielig! Er habe sich, wie aus dem gestrigen Gerichtsbericht bereits hervorgeht, inzwischen überzeugt, daß an dem Gerücht, soweit der Minister Dr. Kemmele in Frage komme, nichts Wahres sei. Sein Verteidiger roch nach der juristischen Seite hin den Braten und hat, man möge von einer Freiheitsstrafe absehen. Held Weiskopf, der ja wegen ähnlicher frecher Behauptungen im Gefängnis geessen und darüber eine Broschüre geschrieben, war am Dienstag vor dem Karlsruher Schöffengericht trotz seiner körperlich langen Figur klein, recht klein geworden.

Schade, daß er nicht die ganze Wahrheit sagte. Sein Vorkonferenz in der sogenannten Inge-Angelegenheit war doch nur ein Konkurrenz-Manöver gegen den „Führer“. Dieser war schlauer als der Redaktions-Mann der Badischen Zeitung; er ließ die Finger davon. Aber Weiskopf dachte: „Ha, das gibt einen großen Schlag, die von den Stahlhelmlern und Rechtsleuten außer Kurs gesetzte Badische Zeitung kommt wieder zur Geltung!“

In eingeweihten Kreisen kennt man diesen Kampf; der „Führer“ hat die Badische Zeitung aufgefressen. Könnte sie nicht in Bretten als Süddeutsches Volksblatt firmieren, hätte sie längst ihr Erscheinen einstellen müssen.

Die Spekulation war falsch, mußte schief gehen und Weiskopf kann jetzt zwei Monate brummen. Es bleibt ihm Zeit und Muße, abermals eine Broschüre über verbüßte Gefängnisstrafe wegen gemeiner verleumderischer Beleidigung zu schreiben.

Seine Rechtfertigung kam ja am 11. Oktober, vier Wochen nach der Reichstagswahl und 6 Wochen nach Veröffentlichung der Notiz. Wie lange hat sich der Mann besonnen, um wenigstens den Versuch zu machen, die schwere Kränkung eines im öffentlichen Leben stehenden Mannes einigermaßen zu lindern!

So sind die Kerle! Ob sie nun im Führer sitzen oder in der Badischen Zeitung. Jeden Tag werden Sozialdemokraten verdächtigt, verleumdet, ihr dienstliches Verhältnis und ihr privates Leben mit Röntgenstrahlen durchleuchtet. Ist ein solches Verhalten nicht schmutzig und gemein? Würde sich die Sozialdemokratie auf das gleiche niedrige Niveau begeben, wie würde es da manchen Leuten ergehen!

Aber die Sozialdemokratie kämpft mit Ideen. Plänen und Programmen, nicht mit persönlichen Schmutzereien. Ihr ist die wirtschaftliche und politische Lage in

Deutschland viel wichtiger, als private Dinge. Darum untersteht sie sich vorteilhaft von Verleumdern der rechtsstehenden Zeitungen.

Die demokratische Neue Badische Landeszeitung macht zu dem Urteil folgende zutreffende Bemerkungen:

„Vor Gericht erwiebte sich die ganze Geschichte als vollkommen aus der Luft gegriffen und zwar aus der Stidkult des überlieferten Klaffes. Die vordem so glaubwürdig erscheinenden Gewährsmänner verjagten vollkommen und das Gericht erkannte heute auf zwei Monate Gefängnis.“

Eine empfindliche Strafe — aber es geht hier nicht bloß um das verbüßte Schicksal des Redakteurs Weiskopf, sondern es geht hier um die immer wieder zu beklagende Erscheinung, daß gerade diejenige Presse, die an ihrem Kopf für christliche Art und deutsches Volkstum zu streiten vorgibt, ihre Spalten der Verleumdung und der Verhöhnung allerpersönlicher Art zu öffnen liebt, die weder mit Christentum noch mit deutscher Art etwas zu tun haben. Der Verzicht auf den langjährigsten Anstand in der Parteipolitik ist dem Anstand an dem Verbänden an dem; er droht aber auch der ganzen politischen Publizistik immer mehr zum Verbannnis zu werden. Und das einseitig was an dem Urteilspruch vielericht bestanden konnte, war die Argumentation des Richters, daß man die Verleumdung etwas milder beurteilen müsse, da sie im politischen Kampf geübt sei. Das ist ein Irrtum. Erst wenn man sich einrichtet, Verleumdung des politischen Gegners noch härter, am mindesten aber nicht milder hart als die im Privatleben zu bestrafen, wird vielleicht der Verleumdungsstich im politischen Kampf von heute etwas Einhalt geboten werden.“

Bequeme Feststellungen

In einem Stimmungsbild über die erste Reichstagsauskunft macht es sich der Badische Beobachter sehr einfach, um die starken Rechtsgruppen zu erklären. Es schiebt alle Schuld für die durch Brüning veranlaßte Reichstagsauflösung auf die Sozialdemokratie, weil diese sich dem „Mittat der freien Gewerkschaften“ abgeben hätte. Wir haben des öfteren auf die Unrichtigkeit dieser Behauptungen hingewiesen, können jedoch jetzt, nachdem die Wahlen hinter uns liegen und es sich heraus ergeben hat, wie falsch die Verrechnung Brüning's war, daß er durch Neuwahlen einen ihm vorteilhaften Reichstag bekommen könnte, unsere Feststellungen noch ergänzen, indem wir die Frage aufwerfen, ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, wenn Brüning in den letzten Tagen des verflochtenen Reichstages den Forderungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften etwas mehr entgegengekommen wäre, statt sich den sozialreaktionären Tendenzen zu fügen. Nicht die Sozialdemokratie ist schuld, daß an Stelle des letzten Reichstages heute ein nicht arbeitsfähiger Reichstag vorhanden ist, sondern Herr Reichskanzler Brüning, der unbedünnter des jedermann erkennbare Risiko der Reichstagsauflösung beschritt, statt der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften durch Abänderung seiner Vorverordnungen im Sommer entgegenzukommen, wodurch eine Reichstagsauflösung hätte vermieden werden können.

50 Jahrefeier der Handelskammer Freiburg

In Freiburg fand im altfröhlichen Kaufhausloale ein Festakt aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der Handelskammer für den Kreis Freiburg statt. An dem zahlreichen feiernden Vereinsmitgliedern des Kreisvereins, sowie Vertretern der Reichs-, Staats- und städtischen Behörden des Kommerbezirks erschienen waren.

Reparationsfrage neu aufgerollt

Arbeiterschaft und Kriegsbelastung

Als vor nunmehr zwölf Jahren die einst herrschenden Mächte in Deutschland das Reich als Bankrottmasse hinterließen, haben sie der Republik als Ersatzulage die nichts weniger als schöne Aufgabe, sich mit den ehemaligen Kriegsgegnern für die Sünden des alten Regimes auseinanderzusetzen. Nachfolgend, wie das deutsche Volk infolge vereinzelter Vorkämpfer, welche die deutsche Arbeiterschaft nicht anders, als sich den neuerlichen Bedingungen zu fügen, um dadurch wenigstens die nötige Zerkürung des Reichs zu verbinden, dabei gleichzeitig hoffend, daß die Krise auch hier ein heilsamer Faktor sei. Diese Hoffnung hat nicht getrogen. Durch eine Politik der Verständigung ist das Arrial des Reichs, das uns einst entgegenschallte, abgetragen, ist die Klammung der besetzten Gebiete durchgefallen, ist eine Verriinerung der wahnwitzigen Summen erreicht worden, die in Verlaß des einzigen Entente als Kriegsschuldigen phantastisch vorzuschwebte. Die Beiträge der Londoner Vereinbarung wurden durch den Damesplan verringert. Der Damesplan würde durch den Youngplan gemildert. Und heute steht die Welt vor der Frage, ob nicht die katastrophale Entwicklung der Weltwirtschaft eine neuerliche Revision angedacht erscheinen ließe: eine Erscheinung, die heute in politischen und gewerkschaftlichen Kreisen sich stark zur Erörterung drängt, ob das wir einen kurzen Ueberblick über die sich hierbei zeigenden Strömungen zu geben für angeeignet halten.

Wir haben in der Zeit der Pariser Sadowerklärungen Verhandlungen für die Haager Konferenz im Volksfreund vom 19. April 1929 die Auffassung vertreten, ob es nicht zweckmäßiger sei, in ungelärten Streitigkeiten eine Regelung zu schaffen, die doch wieder etwas das nächste Jahrzehnt eine für die deutsche Leistungsträger Summe der Reparationszahlung, als im Damesplan vorgesehen, herauszufinden und die weitere Entwicklung dieser schwerwiegenden finanziellen und wirtschaftlichen Fragen der Welt der sich überlagernden ökonomischen Entwicklung ein völlig unberechenbares Feld darstellt. Und wir haben, als dann der Youngplan, aus dem Zwang der wirtschaftlichen Notwendigkeiten heraus und vom nationalen Wunsch diktiert, hierdurch das Reichsland freizubekommen, im August 1929 zur Annahme kam, im Volksfreund betont, „wir schätzen nicht zu den begeisterten Anhänger des von dem Youngplan, wie vermutlich überhaupt kein Deutscher begeisterter Anhänger irgend eines Abkommens ist, möge es um Youngplan oder, wie das von den Deutschen nationaler Interessen annehmbarer, wieweil sich die Damesabkommen beinhalten, das dem deutschen Volk und jedem Einzelnen gleiche Kosten auferlegt. Wir wissen aus der Geschichte, daß noch immer derjenige, der einen Krieg verlor, hat, Kriegsfolgen zahlen mußte, so daß wir billige moralische Entwürfnisse darüber uns sparen, wenn wir aus unentgeltlich dafür kämpfen und kämpfen, daß diese Zahlen auf ein erträgliches Maß herabgesetzt werden und eines Tages durch gegenseitige Streichung der Kriegsschulden — ein Wesen, den auch der Youngplan noch offen läßt — heilamer Vergessenheit anheimfallen möge.“

Diese Stellung zu den Kriegsschuldenlasten entspricht den Auffassungen der sozialistischen Arbeiter-Internationale, die durch eine Politik der gegenseitigen Verständigung die schweren Kriegsschulden überwinden sucht und bereits vor einem Jahrzehnt für gegenseitige Kriegsschuldenerlassung eintrat. Zwischen den internationalen Bindungen und den nationalen Bedürfnissen der richtigen Weg zu finden, muß die Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft sein. So sehr daher die Arbeitermassen ablehnen müssen, Schenkungs- und Verzeihung zu sein, welche „Streichung der Youngpläne“ einseitig zum Zweck fordern, um damit nicht minderwertige Summen zum Rußland Militarismus in den Rücken zu werfen und so sehr die Arbeiterschaft sich davon hüten muß, in ihrer berechtigten Kritik an den drei letzten aufeinanderfolgenden Jahren für einen nicht durch ihre Schuld herbeigeführten und auch nicht durch ihre Schuld verursachten Krieg, sich in den nationalpolitischen Zangen mit seinen gefährlichen Folgewirkungen zu verlieren, so wenig kann es etwa obersten Willen der deutschen Arbeiterbewegung gemacht werden, ihr Sinnen einseitig darauf zu richten, daß das Großkapital der Entente auf Heller und Pfennig ausgeschöpft bekommt, was es an Forderungen an Deutschland erhebt. Aufgabe der Arbeiterschaft ist es zu verhindern, daß nationalpolitische Verheerung einen Teil zwischen die deutsche Arbeiterschaft und die ausländischen Arbeiterschaft treibt; sollte es jedoch möglich sein, auf dem Wege friedlicher Verständigung eine verträgliche Herabsetzung der bestehenden Kriegsschulden zu erwirken, so wird es niemand in der Welt der schwer unter der Wirtschaftskrise leidenden deutschen Arbeiterschaft verübeln, wenn sie eine solche Möglichkeit liebt, zu greifen würde — wobei allerdings die Frage offen bleibt, ob dieses Ziel im gegenwärtigen Augenblick erreichbar sein dürfte.

Von diesem Gesichtspunkt aus gewinnt die neuerliche Wiederaufrollung der Reparationsfrage vor allem aus Gewerkschaftskreisen die stärkste Beachtung und ist die schon erfolgte Bestimmung der Entschliessung des Bundesauschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, angelehnt der heutigen schwierigen Wirtschaftslage Deutschlands stellen die bestehenden Reparationsforderungen, deren Maß schon längst die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden überschritten hat, eine Bürde, die das wirtschaftliche, das soziale und das staatliche Leben zu übersteigert gefährden, von weittragender Bedeutung, da sie die erste Mahnung der Gewerkschaften an die Welt darstellt, auf den bedrängten Zustand des deutschen Volkes die dringend notwendige Rücksicht zu nehmen.

Parallel mit diesen gewerkschaftlichen Vorgängen geben gewisse Momente auch in der sozialdemokratischen Partei, die ihren Ausdruck in einem von der dortigen Redaktion stark unterzeichneten Artikel Bernhard Döwells im Sächsischen Volksblatt in Zwickau fanden, in dem es u. a. heißt:

Sollen die Forderungen der Unternehmer gegen die Arbeiter abgemildert werden, ist es notwendig, daß die Gewerkschaften der Arbeiterorganisationen aufrechtzuerhalten. Und letztlich ist es notwendig, daß alle Kämpfe, die jetzt ausbrechen, mit größter Entschlossenheit und Selbstlosigkeit geführt werden.

Notwendig ist zweifellos der Versuch einer Neuregelung der Reparationen auf dem Verhandlungswege. Der Mittel dazu gibt es genügend: angefangen von der Erklärung eines Moratoriums über den 700 Millionen Mark übersteigenden Jahresbetrag der Zahlungen bis zur grundsätzlichen Wiedergutmachung der deutschen Kriegsschuldenerlassung selbst. Selbst nach dem Bestfall der Versammlung durch die Reparationen nicht unter den Standard der übrigen Nationen heruntergedrückt wird. Klassenpolitisch hat die Reparation für das deutsche Proletariat noch eine andere Bedeutung: sie ist ein Instrument des deutschen Kapitalismus gegen den materiellen Aufstieg hinterzuschalten. Die deutsche Arbeiterschaft ist auf das härteste an der Neuordnung des Kriegsschuldenerlassungsproblems interessiert und darf mit Recht von der Sozialistischen Arbeiter-Internationale verlangen, daß sie ihrer Forderung Unterstützung leiste. Nachdem sie einmal von der weltwirt-

schaftlichen Entwicklung erneut zur Debatte gestellt wird und nach einer besseren Lösung heißt, muß die internationale Arbeiterschaft alles tun, eine Regelung zu erwirken, die einmal die Ausräumung der Reparationen als eines wirtschaftlichen Unruheherdes sichert und zum anderen die Lasten auf die Schultern derer legt, die sie tragen können.“

Ob diesen Wünschen auf Neuordnung der Reparationsfrage etwas Reduzierung unserer Schuldlasten Erfolg beschieden sein wird? Der R A I N S C H E N Zeitung zufolge muß man dabei allerdings skeptisch sein, denn dieses über die Orientierung im Ausland meist auf unterrichtete Blatt schreibt:

„Alle Erfindungen, die von deutscher amtlicher Seite über die tatsächliche Stimmung in den Vereinigten Staaten und namentlich über die Ansichten der Bundesregierung eingelesen worden sind, haben ergeben, daß von einem ernsthaften Willen, die Schuldfragen von neuem anzupacken, noch keine Rede sein kann. Auch der deutsche Volksgedanke hat, wie wir glauben, bei seinem jüngsten Aufbruch in Deutschland genau in demselben Sinne verstanden. Man muß bedenken, daß die Kriegsschuldenerlassungen der vereinigten Staaten an Amerika, die nach der letzten Regelung in schließlich nur ein anderer Name für die deutschen Tributzahlungen sind, dort in eine gemeinliche Kasse abgeführt werden, die hauptsächlich für den Dienst der amerikanischen Beteiligungsanleihen (der sogenannten Liberty Bonds) bestimmt ist. Wenn die Gelder für diese Anleihen nicht mehr in dem bisherigen Umfang zur Verfügung stehen, so müssen sie aus anderen Staatseinnahmen gezogen werden, mit anderen Worten, der amerikanische Steuerzahler muß dafür aufkommen. Es ist klar, daß dies so ziemlich das Letzte wäre, was Präsident Hoover, dessen Stellung sowieso durch die Wirtschaftskrise sehr geschwächt worden ist, heute beherzigen würde. Die Ansicht, daß ein gutes Mittel zur Befriedigung oder wenigstens zur Milderung der Krise wäre, die europäischen Staaten durch den Nachschub der Verabfolgung der Kriegsschulden laufzeitiger zu machen, ist leider im amerikanischen Volk noch wenig verbreitet. Es darf auch nicht übersehen werden, daß dort noch immer jene Vorstellungen über die Finanzlage bestehen, die Park Gilbert in seinem letzten Bericht niedergelegt hat, daß man dort also in starkem Maße der Ueberzeugung ist, daß die Ursachen unserer Not zum großen Teil in unserer unwirtschaftlichen Finanzabrechnung zu suchen sind. Es ist daher auch ganz zweifellos, daß wir auf jedes Revisionenverlangen, das wir heute an unsere Gläubigerstaaten richten würden, die Antwort erhalten würden, daß wir zuerst einmal unser eigenes Haus in Ordnung bringen sollen. Wenn dies geschehen ist, aber auch nicht eher, wird also die psychologische Stunde gekommen sein, nämlich die Forderung der Revision des Youngplans mit Aussicht auf Erfolg zu erheben.“

Abnliche Aufstellungen befindet ein soeben auch in der R A I N S C H E N Zeitung zu dieser Frage erschienenem äußerst instruktiver Artikel, der sich mit der für Deutschland Gesamtlaue abholenden Entscheidung der Nationalsozialisten propagierte einseitige Einstellung der Zahlungen auf ihre schädlichen Wirkungen für Deutschland hin untersucht und dazu erklärt:

„Von den 17 Milliarden, die Deutschland jährlich zu zahlen hat, wird der größte Teil verbucht, um die Kriegsschulden der Vereinigten Staaten zu verzinsen. Die Beiträge fließen nach dem USV. nur ein ganz kleiner Rest verbleibt den europäischen Siegerstaaten. Ihre Zahlungen sind in den Fundierungsabkommen in ziemlich gleichen Annuitäten für die Jahre 1923—1990 festgesetzt. Für zwei Generationen nach sind diese Staaten also den USV. tributpflichtig.“

Die letzten Zahlungen an Amerika erfolgten nach:

England	i. J. 1925	747	Millionen RM.	jährlich
Frankreich	i. J. 1926	470	„	„
Belgien	„	51	„	„
Niederlande	„	339	„	„
Italien	„	104	„	„
Rumänien	„	94	„	„
Griechenland	i. J. 1920	14	„	„

Wie sollen sie sich dazu verhalten, auf Geld, das sie selber weiter zu zahlen haben, zu verzichten, wenn gleichzeitig die öffentlichen Haushalte in Deutschland Aufwendungen von 20 Milliarden jährlich machen.

Und für sich gäbe es sehr viel zu streichen. Die Verschuldung der europäischen Sieger an Amerika zeigt die folgende Aufstellung nach dem augenblicklichen Wert im Jahre 1928:

England	17 820	Millionen RM.
Frankreich	16 100	„
Italien	8 108	„
Belgien	1 644	„
Rumänien	362	„
Jugoslawien	249	„
Griechenland	81	„

Wenn nun aber die Zahlungen Deutschlands einseitig abgedrückt würden, entstünde eine große Verminderung im internationalen Schuldendienst, so daß wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland mit Sicherheit zu erwarten wären. Die Arbeitslosigkeit in den großen Industrieländern und die fortwährende Industrialisierung ehemaliger Vorkriegsstaaten würden sofort eine Einigung über ein Einfuhrverbot für deutsche Waren auslösen. Da Rohstoffe auch weiterhin zur Beschäftigung unserer Industrie vom Ausland gekauft werden müssen, würde das Ausland nur den deutschen Markt für Fertigwaren verlieren. Diese Einfuhr nach Deutschland betrug aber im Jahre 1929 nur 22 Milliarden. Was das Ausland hier verliert,holt es sich durch die Ausföhlung der deutschen Konkurrenz auf dem Weltmarkt wieder zurück. Die Exporteinnahmen jenseits der Grenzen würden rasch sinken, unsere Exporte erlösten, ein unsagbares Elend muß über die deutsche Wirtschaft hereinbrechen, dem abhelfen seiner der Gläubigerstaaten ein Interesse hätte und Deutschland die Macht fehlen würde.

Wer daran arbeiten will, daß die Annuitäten des Youngplans gemindert werden, muß erst einmal die psychologische Grundlaue im Ausland schaffen.“

Sobald man in der Herabsetzung der Reparationslasten durch eine friedliche Verständigung eines der Mittel sieht, die schwere Wirtschaftskrise in Deutschland zu erleichtern, so müßte es daher Aufgabe des deutschen Volkes sein, für eine rasche Sanierung der Reichsfinanzen zu sorgen, womit gleichzeitig ein Sebel zur Wirtschaftserholung geschaffen wäre und alles zu unterlassen, was geeignet wäre, nationalpolitische Tendenzen im Ausland zu fähen. Denn wenn die deutschen Wünsche auf Herabsetzung der Reparationslasten Aussicht auf Erfolg haben lassen, dann nur, wenn das Ausland erkennt, daß es nicht nationalpolitisches Fieber ist, das diese Wünsche diktiert, sondern der ehrliche Wille eines arbeitenden friedlichen Volkes durch Beleichtigung dieser Materie imstande zu sein, aus schwerer Sorgenlast heraus sich aus einer Not herauszuschaffen, die es heute zu erdrücken droht. Ob man nach all dem, was wir in den letzten Wochen und Monaten erlebt haben, noch annehmen darf, daß das deutsche Volk genügend Erkenntnis hat, um zu wissen, welchen Weg es gehen muß, um das zu erreichen, was seinem Schicksal kommt und um das zu meiden, was es erneut in noch tieferes Anstöß zu fähen droht, als es bisher erlebt? Bald werden wir ja sehen!

Owen D. Young nach Europa abgereist
Neuer, 15. Okt. Owen D. Young ist mit dem Dampfer „Leviathan“ nach Europa abgereist.

Wirtschaftskrise weiter verschärft

Nach dem Bericht des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten hat sich die Lage der deutschen Maschinenindustrie im September weiter verschärft. Die ins und ausländischen Abnehmerkreise hielten mit Anfragen noch mehr zurück, der Auftragsseingang verringerte sich. Der Beschäftigungsgrad lag nur noch wenig über 50%. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit verminderte sich außerdem um fast eine Stunde.

Für das 3. Quartal 1930 wird ein Absinken des Auftragsseingangs um etwa 12 Prozent unter das Ergebnis des 2. Quartals 1930 und um 35 Prozent unter das Ergebnis des 3. Vierteljahres 1929 festgestellt. Der Beschäftigungsgrad — gemessen an der geleisteten Arbeitsstundenzahl — sank seit Januar 1930 von 63 Proz. auf 52 Proz. im September ab. Im 3. Vierteljahr 1929 hatte er noch 69 Proz. betragen. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit verminderte sich im Laufe der letzten drei Monate um 1 1/2 Stunden, der Beschäftigungsstand um 7 Prozent.

Die Neuregelung der Krisenfürsorge

Die neuere veröffentlichten neuen Vorschriften des Reichsarbeitsministers für die Krisenfürsorge, die am 3. November ds. Js. in Kraft treten, sehen entgegen den ersten Mitteilungen eine Steigerung der Unterstützung für 32 oder bei über 40 Jahre alten Personen für 45 Wochen vor. In beiden Unterstützungsfällen ist nämlich die Höchstdauer um je sieben Wochen heraufgesetzt worden.

Die Strafanträge im Bombenlegerprozess

Sambora, 15. Okt. Im Bombenlegerprozess beantragte heute der Oberstaatsanwalt gegen die der Teilnahme an den Sprengstoffanschlägen in den Jahren 1928 und 1929 Angeklagten wegen Verabredung zur Verübung von Sprengstoffattentaten Zuchtstrafen, und zwar gegen Heim 10 Jahre, Wolf 8 Jahre, Nidels, Töhlen, Lubmann, Beder je 7 Jahre, Wolf 6 Jahre 6 Monate, Schmidt und Hennings je 6 Jahre und gegen weitere 6 Angeklagte von 5 Jahren bis herab zu 1 Jahr Zuchtstrafe. Gegen Wihota, Hoffen, Matthes und Samtens Gefängnis von einem Jahr bis drei Monaten, gegen Frau Holländer 70 RM. Geldstrafe und für den Angeklagten n. Salomon Freiheitsstrafe, da für seine Beteiligung kein genügender Nachweis erbracht werden konnte.

Nationalsozialistischer Bestechungsfall in Nürnberg

München, 15. Okt. (S.A.) Unter dem dringenden Verdacht der passiven Bestechung wurde der nationalsozialistische Stadtrat Gräßl-Nürnberg seines Amtes als Referent des städtischen Plafattierungswesens enthoben. Der Staatsanwalt hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Gräßl hat für sich oder seine Partei — das steht noch nicht fest — von dem Prof. Dr. Heilmann ein Nürnbergener Plafattinstituts 2500 Mark sich geben lassen, worfür er ihm persönliche Vorteile im Plafattnachverkauf zugesagt. Der Prof. Dr. Heilmann hat vor einigen Tagen Selbstmord verübt, nachdem ihm schwere Verurteilungen zur Last gelegt worden waren.

Kommunistische Opposition und Gewerkschaften

Eine Abfuhr
Aus Stuttgart wird uns geschrieben: Die politisch und organisatorisch völlig bedeutungslose „kommunistische Opposition“ hat sich in der letzten Zeit mehrfach mit dem Angebot eines Zusammengehens an die Sozialdemokratie und an die freien Gewerkschaften heranzumachen versucht. Die freien Gewerkschaften haben nun eine endgültige Abfuhr in schriftlicher Form gegeben, in der es u. a. heißt:

„Der politische Opportunismus der KPD arbeitet seit Jahren auf eine absichtliche Schwächung der Arbeiterklasse hin. Erheben sich gerade diese Partei keinerlei Wert auf die Schaffung einer einheitlichen Abwehrfront der wertvollen Massen. Die innerliche Verbundenheit, die zwischen der extremen Rechten und Linken besteht, läßt es im Gegenteil tunlich erscheinen, von der KPD. möglichst weiten Abstand zu halten. Aus diesem Grund kommen wir zu einer ablehnenden Stellungnahme, die wir gleichzeitig der Öffentlichkeit unterbreiten.“

Sozialdemokratie, die Sammelpartei gegen Faschismus

Zimmer mehr wird die Sozialdemokratie diejenige Partei in der sich alle Kräfte sammeln, die ernsthaft gegen die faschistischen Tendenzen zu kämpfen willens sind. Aus diesem Grunde ist neben der Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft vor allem auch ein Zuwachs aus jenen Intellektuellenkreisen zu verzeichnen, denen das Wort Freiheit und Gerechtigkeit mehr als ein Schlagwort bedeutet und die im Sozialismus daher die notwendige Entwicklung unserer Zeit sehen. Aus dieser Tatsache hat nunmehr auch der bekannte Heidelberger Professor E. J. Gumbel die Konsequenzen gezogen, indem er dieser Tage der Sozialdemokratischen Partei beigegeben ist, wobei er diesem Entschluß folgende Begründung beibringt:

„Die Gefahr des Faschismus, welche 10 Jahre lang latent war, ist heute offenkundig. Welche Kräfte des Bürgertums haben bei ihm. In der Reichswehr und Justiz, in Verwaltung und Erziehung hat er dank der Fähigkeiten, ihm gewählten Rathgebern feste Wurzeln gefaßt. Am ist die Durchführung des Apparats gefestigt. In dieser dringenden Stunde müssen alle Kräfte zusammenschließen, die auf der Seite der Arbeiterschaft stehen. Der Kampf gegen den Faschismus kann erfolgreich nur als ein Kampf um die Vermittlung des Sozialismus geführt werden. Wenn die SPD, die Urfragen ihrer Wahlinterlage nicht erkennt, daß die bürgerlichen Parteien die Methoden der Demokratie dann verlassen, sobald ihre Herrschaft bedroht ist, wird sie diejenige Partei werden, welche mit den wirkungsvollsten, also auch mit außerparlamentarischen Mitteln den Faschismus bekämpft. Um hieran mitarbeiten zu können melde ich mich zur Mitglieberschaft an.“

Der steigende Ausfuhrhandel

Der Außenhandel schließt im reinen Warenverkehr im September mit einem Ausfuhrüberschuß von 264,6 gegen 175 Millionen Reichsmark im Vormonat ab.

Wieviel ist  wert?

Beachten Sie morgen diese Stelle!

Ueberorganisation innerhalb der Arbeiterbewegung

In der neuen Ausgabe Der Kampf, der Monatschrift unserer österreichischen Arbeiterpartei, behandelt J. Zeltner die Ueberorganisation in der Presse der österreichischen Sozialdemokratie, die er eine Ueberorganisation der Zeitungsfähigkeit und eine Ueberorganisation der Zeitungsfähigkeit nennt. Wer mit der Arbeiterbewegung vertraut ist, weiß, daß auch bei uns gewisse Bedürfnisse bestehen, die zu einer umfassenden organisatorischen Reform in der Arbeiterbewegung drängen. Wir lassen nachstehend auszugsweise die Darlegungen des Genossen Zeltner folgen.

Redaktion des Volksfreunds.

Die „Vielfältigkeit“ der sozialdemokratischen Organisationen läßt sich am klarsten erkennen an der Presse der Massenbewussten Arbeiterklasse. Ich gebe eine einigermaßen lückenlose Zusammenfassung jenseit mir die Daten zugänglich gemacht worden sind. Ich habe die Ueberorganisation in der „Gewerkschaftspressen“, die sich völlig klar von der übrigen Presse abheben, in Tageszeitungen, die täglich erscheinen und die anderen Organe habe ich als „Zeitschriften“ zusammengefaßt. Die Zusammenfassung zeigt, daß wir 127 Blätter mit insgesamt sechshundert Millionen oder sechs Milliarden Druckseiten in einem Jahre bedrucken, das sind etwa 200 Millionenmagazine oder 12 Bände mit Papier gefüllt. Das zeigt, auf den Kopf der österreichischen Bevölkerung umgerechnet, je tausend Druckseiten — aber auch für die Säuglinge — drucken; nachdem wir mehr als ein Zehntel der österreichischen Bevölkerung politisch organisiert haben, drucken wir für je einen organisierten Arbeiter etwa sechshundert Druckseiten im Jahre. Wenn wir ein Buch mit durchschnittlich 250 Seiten annehmen, drucken wir also für jeden österreichischen Massenbewussten Arbeiter als Parteipresse 600 Blätter. Diese Zusammenfassungen allein bezeugen zur Genüge, wieweil von der ungeheuren Seitenzahl der Parteipresse niemals wirklich gelesen kommt! Eine Rationalisierung unserer Parteipresse heißt also eine dringende Notwendigkeit.

Die „Tagespresse“ hat allein eine Auflage von fast 320 000 Stücken. Die Tagespresse ist selbstverständlich unentbehrlich. Als „Zeitschriften“ (68) bedruckt die Partei fast eine Million Druckseiten in einem Jahre. Die Zeitschriften sind von dem Standpunkt aus zusammengefaßt, daß alle Parteiorgane, die nicht als Gewerkschaftspressen bezeichnet werden können, die nicht als Tageszeitungen erscheinen, zusammengefaßt werden sind. Das ergibt nun die tatsächliche Anzahl von einer Milliarde Druckseiten (Druckseiten), die keineswegs für eine Million verschiedener Personen insgesamt gedruckt werden. Denn es gibt überhaupt nur 700 000 politisch organisierte Arbeiter.

Es würde also möglich sein, rein theoretisch betrachtet, an Stelle dieses Witzens von einer Milliarde Druckseiten ein Monatsmagazin herauszugeben mit fast hundert Seiten monatlich und mit einer Auflage von einer Million. Diese eine Ueberorganisation beweist hoffentlich überzeugend, was Rationalisierung bedeuten kann. Gewiß kann dieses Ziel kaum überhaupt, jedenfalls nicht in einem Anlauf erreicht werden. Aber was näherkommen ist, bereit, weil wir uns damit von dem organisatorischen „Lohwածո“ von heute entfernen; wenn es nur gelang, einige wenige Zeitschriften aus dieser ganzen Reihe entsprechend zusammenzufassen, müßte man unermessliche kulturelle Leistungen mit einer gigantischen Pressenmacht zuwege bringen. Nach meinem bescheidenen Dafürhalten eine Ueberorganisation, die wirklich eine ernsthafte Nachprüfung und alle möglichen Anstrengungen verdient.

Die Gewerkschaftspressen weisen gigantische Zahlen auf, die von einer ebenso gigantischen Verschwendung zeugen. Es ist charakteristisch, daß es Gewerkschaftsblätter gibt, die mit einer Auflage von nur 300 Stücken erscheinen. Von den 32 gewerkschaftlichen Zeitungen sind nicht weniger als 33 unter einer Auflage von 10 000 Stücken. Die Gesamtauflage beträgt fast 834 000 Stücke, im Jahre mehr als 28 000 000 Stücke. Die Gesamtseitenzahl der Gesamtauflage beträgt mehr als 645 000 000 Druckseiten. Das bedeutet auf den Kopf des gewerkschaftlich organisierten Arbeiters umgerechnet eine Anzahl von 800 Druckseiten im Jahre, die für jeden solchen Arbeiter gedruckt werden. Ich glaube nicht, daß jemand annimmt, daß auch nur ein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter all diese 800 Seiten liest. Schließlich kann die Gewerkschaft ohne eine eigene Presse nicht auskommen, aber sie läßt sich doch organisatorisch weit leistungsfähiger gestalten. In einem Gespräch mit einem erfahrenen Zeitungsmann unserer Partei haben wir folgende Möglichkeiten besprochen: 800 Druckseiten im Jahr ergeben etwa 16 Seiten in einer Woche. Von diesen 16 Druckseiten wären 8 Seiten abzutrennen und mit diesen 8 Seiten ein zentrales Gewerkschaftsblatt mit einer Auflage von 600 000 Stücken wöchentlich herauszugeben. Die besten Redakteure, die tüchtigste zentrale Führung, höchste Schlagfertigkeit, das tiefdruckverfähren gestatten die Verwendung von Photographien und ermöglichen beste Ausstattung. Die nach nicht mehr als 8 Seiten in jeder Woche könnten den Jahrvorkänden ganz oder auch nur zur Hälfte für ihre besonderen Nachrichten zur Verfügung gestellt werden. Es würde wahrscheinlich genügen, jede zweite Woche diese erstgenannten achtseitigen Blätter auf 16 Seiten zu vergrößern mit den Nachrichten der einzelnen Verbände erscheinen zu lassen. Auf diese Weise könnte man vier Druckseiten pro gewerkschaftlich Organisierten und pro Woche ersparen, was nach amtlicher Schätzung einen Gesamtbetrag von einer halben Million Schilling im Jahr ausmacht. Das wäre nur ein Vorschlag zur Rationalisierung, der keineswegs als alleinsetzender aufzufassen ist.

Der Vertrauensmann soll fast 30 000 Druckseiten in einem Jahre, das sind 100 Bücher, lesen. Ich habe den Versuch unternommen, die Presse des Vertrauensmannes zu konstruieren. Ich nehme an, daß dieser Vertrauensmann, also zum Beispiel ein Sektionsmann in Wien oder der Obmann einer Zellorganisation auf dem Lande brauchen, daß also dieser Vertrauensmann Leser der „Arbeiter-Zeitung“ sein soll, von der

politischen Organisation den „Sozialdemokrat“ bekommt und als Metallarbeiter sein Gewerkschaftsblatt. Er ist außerdem Freidenker und Naturfreund und bekommt beide Zeitschriften. Doch er dem Schubbund angehört, ist selbstverständlich und er wird dafür mit einer Zeitschrift bedacht. Den „Vertrauensmann“ bekommt er auf Grund seiner Stellung innerhalb der Partei unentgeltlich, und es ist eine Lebensnotwendigkeit für ihn, der Mieter einer Gemeindefrauenwohnung ist. Daraus ergibt sich für unseren Vertrauensmann bereits die Notwendigkeit, oder richtiger gesagt, die „Notwendigkeit“, acht Blätter zu lesen, die insgesamt im Jahre mit mehr als 21 000 Druckseiten in seinem Hause erscheinen. Aber der Mann ist verheiratet und hat Kinder. Seine Frau ist begeisterte Leserin auf die „Unzufriedene“ abonniert. Sie bekommt als Mitglied der politischen Organisation „Die Frau“, ist Mitglied bei den Schul- und Kinderfreunden, damit ihr Kind das „Kinderland“ lesen kann, und aus besonderem „Uebermut“ hat sie sich auf den „Kudud“ abonniert. Selbstverständlich ist sie Mitglied ihrer Konsumgenossenschaft und bekommt dafür den „Freien Genossenschaftler“. Weil sie natürlich teilnimmt an dem Lesen der Tageszeitung „Arbeiter-Zeitung“ fällt ihr Anteil an der Arbeiterpresse verhältnismäßig gering aus. Sie hat nur fünf Blätter, die sie zugesandt bekommt, mit fast 6000 Druckseiten im Jahre. Die angeführten Zeitungen beweisen und lassen erkennen, daß es beiden Teilen zu empfehlen ist, alles zu lesen. So ergibt sich für jeden von dieser Familie die geringfügige Verpflichtung, 18 Blätter zu lesen mit etwa 27 000 Druckseiten im Jahre; oder auf Buchdruck umge-

rechnet, ergibt dies die tatsächliche Anzahl von mehr als 100 Büchern im Jahre. Niemand wird leugnen, daß diese Zahlen die völlige Lächerlichkeit in der Entwicklung unserer Parteipresse offenbaren. Es scheint mir daher höchste Zeit zu sein, sich der sehr dringenden Aufgabe zu unterziehen, unsere Parteipresse zu rationalisieren. Es lassen sich ungeheure Summen ersparen und ungeheure Wirkungen bestimmt erzielen. Wir brauchen dringend Rationalisierung unserer Presse! Niemand wird es übersehen, daß man nicht in der Lage ist, zu einem so gigantischen Problem auch nur einigermaßen sofort ausführbare Vorschläge zu machen. Vorläufig sollen diese Zusammenfassungen wirken. Wir reden ja öfter davon in unseren Kreisen, daß da eine ungeheure Macht in der organisierten Arbeiterklasse bestünde, doch sind wir uns nicht genügend klar über die Tatsachen; daher möge man vorläufig einmal diese Zahlen eingehend nachprüfen. Aus dieser Nachprüfung — davon bin ich überzeugt — wird sich bei jedem einsichtigen und bei jedem verantwortlichen Führer der Klassenbewussten Arbeiterklasse dringende Notwendigkeit ergeben, zur Rationalisierung der Parteipresse zu kommen. Das soll nicht heißen, es gäbe etwa keine Anstrengungen in dieser Arbeitsrichtung; eben in den Gewerkschaften ist dieser Rationalisierungsprozess deutlich zu erkennen. Aber schon in den sogenannten „Kulturorganisationen“ kann man den gegenteiligen Zug erkennen. Daher ist es so wichtig, die Ungeheuerlichkeit des Problems zu erkennen. Der Kapitalismus versteht es, seine Methoden und damit seine Schlagkraft dauernd zu verbessern. Werden wir ihn bezwingen können, ohne schärfste Zusammenfassung aller unserer Kräfte?

Aus aller Welt

Die Ueberlebenden von R 101 heimgeholt

Paris, 15. Okt. (Eig. Draht.) Die drei Ueberlebenden der Luftkatakastrophes von R 101, Cool, Dosses und Sanora, die im Spital von Beauvais untergebracht worden sind, sind am Mittwoch in einem Sanitätsflugzeug nach London zurückgeführt. Cool, der noch zu schwach ist, um aufzustehen, wurde auf einer Tragebahr zum Flugzeug gebracht. Alle drei befinden sich in Begleitung ihrer Familienangehörigen. Die Bevölkerung nahm von den Geketteten herab die Abschiede und bedankte sie reichlich mit Blumen.

27 Personen an Paratyphus erkrankt

Im Städtischen Kinder- und Mütterheim in der Rüstlerallee in Charlottenburg sind, der Nachausgabe zufolge, nach dem Geben von Gänseleberpasteten insgesamt 27 Personen an Paratyphus erkrankt, darunter 17 Schwestern, 7 Anestellte des Hiesigen Sanatoriums und 3 Mütter, die dort zur Zeit liegen. Die meisten Erkrankten,

bei denen jedoch Lebensgefahr nicht besteht, sind nach dem Krankenhaus Westend zur weiteren Behandlung gebracht worden.

Für 200 000 Mark Kostüme verbrannt

Bei einem Brand auf dem der ehemaligen Großherzogin von Sachsen-Weimar gehörenden Schloß Reinhartshaus in Schleien wurde eine Anzahl historischer Kostüme im Werte von 200 000 Mark ein Raub der Flammen.

Eine Scheinoperation

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hat sich zur Zeit in einem auf mehrere Tage berechneten Prozeß der praktische Arzt Dr. Friedrich Pfeiffer zu verantworten. Er wird beschuldigt, wada. Erziehung von Krankentafelmitgliedern an dem gleichfalls angeklagten Kaufmann Rudolf Seitz mehrere Scheinoperationen vorgenommen zu haben, um auf diese Weise von verschiedenen Krankenkassen erhebliche Geldsummen zu erschwindeln.

Deutschland erwache — Scheibe zertrübe!

Ich weiß, du straffst des Landes Verrat Und machst uns fast zur besessenen Tat (Aus einem der preussischen Schulgebete)



Nun weiß man endlich wie die „befreiende Tat“ der Preussischen Schulgebete praktisch aussieht!

Schüler beim Berliner Janhagel

Das preussische Unterrichtsministerium geht vor

Berlin, 15. Okt. (Eig. Bericht.) An dem Berliner Krawall vom letzten Montag waren u. a. 9 Schüler beteiligt, die politisch festgenommen wurden. Der preussische Kultusminister hat sofort veranlaßt, daß die Beteiligung der einzelnen Schüler an den Ausschreitungen genau festgestellt werde und gegen die Schuldigen mit den schärfsten Maßnahmen vorgegangen wird.

Die Heldentat des braunschweigischen Naziministers

Auf einmal weiß er von nichts

Berlin, 15. Okt. (Eig. Draht.) Der braunschweigische Naziminister Franke will seine Berliner Heldentat vom letzten Montag unter seinen Umständen wahr haben. Insbesondere will er auf der Potsdamer Bahnhofsmaße nicht gesaßt haben, daß sein verhafteter Freund, der Gutsbesitzer Guth, mit dem preussischen Landtagsabgeordneten Lohse, dessen amtlichen Ausweis Guth der Polizei vorgezeigt hatte, identisch sei.

Diese Behauptung des Herrn Franke steht in offenem Widerspruch zu den präzisieren Aussagen des diensttuenden Polizeioffiziers. Dieser Offizier hat zu Protokoll gegeben, daß Minister Franke auf der Maße erklärt und zwar wiederholt erklärt habe, der verhaftete Guth sei niemand anders als der nationalsozialistische

Uha, Lohse. Er kenne diesen gut und könne ihn legitimieren. Als der wachhabende Offizier den Minister darauf aufmerksam machte, daß das Gesicht des Verhafteten mit der Photographie des Landtagsabgeordneten keineswegs Ähnlichkeit habe, erklärte Franke, das komme nur daher, weil der Abgeordnete keine Hornbrille trage. Franke verlangte dann, daß man den anwesenden Abgeordneten sofort freilasse, sonst mache sich der Polizeibeamte strafbar. Als ihm erwidert wurde, der Verhaftete sei auf fester Tat erkrankt worden, wolle er selbst wenn er Abgeordneter sei, in Haft bleiben, erklärte der Minister, diese Bestimmung betreffe nur ein Verbrechen oder schweres Vergehen. Als der Polizeimajor schließlich die Maße verließ, rief Minister Franke den wachhabenden Beamten bei Seite und sagte ihm wörtlich:

Ich habe es ihnen in Gegenwart der anderen Beamten nicht lauen wollen, aber ich weiß, daß der Verhaftete nicht der Uha, Lohse, sondern der Gutsbesitzer Guth ist.

Jetzt stellt sich der Naziminister hin und spielt das Unschuldslamm, wie es bei den Nazi gang und gebe ist, mo und man die Unheil angerichtet haben. Wahrscheinlich wird sich der Minister schon in den allernächsten Tagen vor Gericht zu verantworten haben. Es wird dann Gelegenheit sein, diesen Repräsentanten des „Dritten Reiches“ der Öffentlichkeit noch mehr als bisher in seiner ganzen Größe vorzuführen.



Nach der Zerstörung Die Fensterheben eines Kaufhauses in der Leipziger Straße in Berlin werden wieder eingeleitet.

Haben Sie sich verletzt? — dann nur **Traumaplast** den besten Wundverband. Zu haben in Apoth. u. Drog. zu 20, 25 u. 30 Pf.

Aktivität des sozialdemokratischen Intellektuellenbundes

Der Sozialdemokratische Intellektuellenbund hielt dieser Tage in Hannover seine 5. Jahresversammlung ab. Die Veranstaltung, die aus allen Teilen Deutschlands besetzt war, war bemerkenswert durch die Geschlossenheit der geistigen Haltung und den in allen Teilen sich manifestierenden Willen zu einer aktiven sozialistischen Politik.

Am ersten Abend fand eine öffentliche Kundgebung statt, in der vor über 400 Anwesenden zum Thema „Der Akademiker und der Sozialismus“ sprach: Walter Hans Hartmann-Eberfeld, Notar Dr. Sturmfels, M.d.L., Darmstadt, Professor Dr. Leising, Hannover, 1. Bürgermeister Röh, Hamburg, Dr. med. Lubbe, Braunschweig, Regierungspräsident v. Sarnsd., Merseburg. Unter den die Versammlung Begrüßenden waren ein Vertreter des Parteivorstandes und der sozialistischen Studenten, Amtsrichter Marx, Heidelberg, betonte als Vorsitzender in seiner Ermüdung auf verschiedene Begründungen die Bedeutung der besetzten Unterzeichnung der wichtigen Aufgaben des Bundes seitens des Vertreters des Parteivorstandes. Der Bund diene der Gesamtbewegung auf besondere Weise. Die Partei brauche solche leicht bewegliche Kräfte. Die Methoden der Werbung müssten elastischer, weniger bürokratisch-zentralistisch gestaltet werden. Das nehme dem Bund nicht den Charakter einer sozialistischen Kampfgemeinschaft, was in den weiteren Reden besonders unterstrichen wurde.

Holländische Volkspetition gegen Flottenvorlage

Haag, 14. Okt. (Eig. Draht.) Die Vorstände der niederländischen Sozialdemokratie und des niederländischen Gewerkschaftsbundes überreichten dem Präsidenten der zwei Kammern am Dienstag mittags die von mehr als 1.400.000 Wahlberechtigten der Niederlande unterzeichnete Volkspetition gegen die neue Flottenvorlage der Regierung. Die Petition mit den Unterschriften wurden in einem Salonto in 30 großen Bänden zur Kammer transportiert. Die sozialdemokratischen Fraktionen beider Kammern und sämtliche Gewerkschaftsvorstände marschierten vor dem Auto her, das von Tausenden von Menschen begleitet wurde. Als der historische Augenblick der Überreichung der Unterschriften vorüber war, sang die nach Tausenden zählende Menschenmenge vor dem Parlamentsgebäude die Internationale.

Entführter finnischer Expräsident wieder entkommen

Helsingfors, 15. Okt. Der erste Präsident der finnischen Republik Dr. Kaarlo Staalberg, der das Präsidentenamt von 1919 bis 1925 inne hatte, ist mit seiner Gattin bei einem Spaziergang von polizeilichen Gebern entführt worden.

Staalberg konnte bei Joensuu, ungefähr hundert Kilometer von der russisch-finnischen Grenze entfernt, entkommen. Ein Offizier des finnischen Verteidigungskorps ließ dort ein Automobil anhalten, in welchem sich das Ehepaar Staalberg zusammen mit seinen Entführern befand. Das Ehepaar Staalberg ist dabei in Sicherheit.

Die Entführer, die selbstverständlich Kasse mitbrachten, sind bereits am Mittwoch hinter Schloß und Riegel gesetzt worden.

Anlässlich der Entführung ist ganz Finnland in einer Aufregung, die sie seit den kritischen Bürgerkriegstagen nicht mehr erlebt wurde. Die Leitungen der schwed. Parteien, die der Agrarier und

die der Liberalen fordern sofort energische Maßnahmen gegen die Übergriffe der Lappobewegung. Ferner verlangen sie die sofortige Einberufung des Reichstags, während die Sozialdemokraten auf den sofortigen Zusammentritt des Parlaments keinen Wert legen, da der Reichstag sowieso in fünf Tagen zusammentreten muß. Bis dahin hat die Regierung zu beweisen, daß sie entschlossen ist, gegen die Lappobewegung vorzugehen. Im anderen Falle muß sie sofort abtreten.

Bürgerkriegsschlachten in Brasilien Ein Sieg der Bundesstruppen

Rio de Janeiro, 15. Okt. (Eig. Draht.) Die brasilianischen Bundesstruppen brachten den Aufständischen im Bundesstaat Sao Paulo eine schwere Niederlage bei und zwangen sie zum Rückzug nach Parana, einem Nachbarstaat von Sao Paulo. Auch aus dem Bundesstaat Minas Geraes werden Erfolge der Bundesstruppen über die Aufständischen gemeldet. Die Aufständischen sollen in den letzten Tagen außerordentlich schwere Verluste erlitten haben. Trotzdem bleibt die Lage zunächst noch unklar.

Zwistigkeiten in der Gemeinschaft der Freunde

Stuttgart, 15. Okt. Kropf, der Begründer und frühere erste Vorsitzende der Gemeinschaft der Freunde, veröffentlicht über die Gründe für seinen Austritt und für die Errichtung einer Konkurrenzgesellschaft folgende Erklärung: „Ich habe mich von meinem Gründungswerk getrennt, wegen der seit etwas über zwei Jahren geübten Zuteilungsweise der für die Bauarbeiten jeweils zur Verfügung stehenden Gelder. Immer und immer wieder habe ich jede Verantwortung für diese Zustände abgelehnt. Ich erkläre meinen Austritt unter Ablehnung weiterer Gehaltsbezüge, um mir das Recht der freien Meinungsäußerung, das ich hiermit ausübe, zurückzugewinnen. Das jetzige Zuteilungssystem der G.D.F. mit seinen unheilvollen Folgen halte ich für in jeder Weise verwerflich nicht nur, weil es die Bauarbeiter älterer Jahrgänge und in den einzelnen Jahrgängen die sparschwachen Bauarbeiter schädigt, sondern auch deshalb, weil es schließlich zur völligen Vernichtung des heute auch von allen früheren Gegnern anerkannten und leider vielfach nachgeahmten Bauvergütens führen muß. Daß noch andere geschäftliche Vorzüge, auf die im einzelnen einzugehen, zu weit führen würde, mich in meinem Entschluß bestärken, kam zu der vorstehend erläuterten Angelegenheit hinzu.“

Kropf bemerkt noch, daß er eine Gefahr für die bei der G.D.F. veranlagten Gelder für nicht vorhanden betrachtet, wenn sie zu einem vernünftigen Zuteilungssystem übergeht.

Hilfsbeamter am Berliner Arbeitsamt durchgebrannt
 Berlin, 16. Okt. (Funkdienst.) Ein bei dem Arbeitsamt Berlin-Mitte angestellter Hilfsbeamter ist am Mittwoch nachmittags nach Bernreuthe von 18.000 Mark geflüchtet und war spurlos verschwunden. Der Geldbetrag war für Gehaltszahlungen der Beamten der Zweigstelle Vohringer Straße bestimmt. Infolge der Unterschlagung des Beamten konnte dessen Kollegen nicht das volle Gehalt ausbezahlt werden. Sie mußten sich mit einem Teilbetrag abfinden.

Wasserstand des Rheins

Basel 180, Gef. 30; Weiskuh 361, Gef. 26; Schusterinsel 245, Gef. 37; Rehl 396, Gef. 47; Maxau 661, Gef. 37; Mannheim 651, Gef. 15 Zentimeter.

Partei-Nachrichten

Arbeitsgemeinschaft sog. Lehrer, Kreis Mittelbaden. Samstag, 18. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet im Volkshaus in Karlsruhe (Göhrenstraße) eine Kreisversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Kimmelman: Sozialistische Kulturprobleme. 2. Bericht des Gen. Haebler über die Reichstagsung der A.D.P. in Braunschweig.

Hohenwettersbach. Freitag, 17. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zur Kanne eine wichtige Parteierammlung statt, wobei die Mitglieder um vollstündiges Erscheinen gebeten werden. Die Tagesordnung lautet: 1. Endgültige Anstellung der Kandidaten zum Gemeindevorstand. 2. Bericht über die Verhandlungsabhandlung vor dem Oberlandesgericht betr. Eingemeindung der abgeordneten Gemeinde Markung. — Am Donnerstag, 16. d. Mts., findet eine Bürgerversammlung statt. Tagesordnung: 1. Gehaltsregelung des Politischen Beirats. 2. Vorstandswahl. 3. Beratung zur Verleumdungsverhandlung betr. Eingemeindung der abgeordneten Gemeinde Markung vor dem Oberlandesgericht Karlsruhe am Freitag, 17. d. Mts. Die Fraktionmitglieder werden gebeten, eine Stunde vorher sich im Schulsaal einzufinden zwecks Besprechung.

Niederbaden. Sozialdemokratischer Verein, Freitag, 17. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Lokal zum „Köppel“ eine wichtige Parteierammlung statt. Die Parteigenossen werden ersucht, vollstündig und pünktlich zu erscheinen.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungslisten. 13. Oktober: Katharina Riß, 80 Jahre alt, Ehefrau von Leonhard Riß, Schmied, Beerdigung am 16. Oktober, 13.30 Uhr. Dr. Paul Grafenhan, 70 Jahre alt, Witwer, Studentent a. D. Beerdigung am 16. Oktober, 12.30 Uhr. — 14. Oktober: Karolina Daus, 63 Jahre alt, ledig, Näherin (Mühlburg). Suida Burkhart, 63 Jahre alt, Ehefrau von Emil Burkhart, Prediger. Beerdigung am 16. Oktober, 14 Uhr. Josef Köfer, 67 Jahre alt, Chemiker, Kaufmann. Beerdigung am 16. Oktober, 14.30 Uhr. Anton Kuderer, 63 Jahre alt, Chemiker, Fabrikarbeiter. Beerdigung am 16. Oktober, 15 Uhr. Magdalena Bechtel, 64 Jahre alt, Witwe, geb. Catoir. Beerdigung am 16. Oktober, 9.30 Uhr.

Auskünfte der Redaktion

Dazulden. Die Büroschaftsliste bleibt bestehen.

Veranstaltungen

Donnerstag, den 16. Oktober 1930.

Badisches Landestheater: Der Ring des Nibelungen. 2. Teil: Siegfried. 18 Uhr.

Casino: Das große Attraktionsprogramm. 20 Uhr.

Schauburg: Der Jockeier.

Atlantik-Lichtspiele: Der Teufelsreiter.

Gloria-Palast: Oper. — Ennio Serrano „Sur Viede“.

Ullrich-Theater: Fräulein Schaub.

Reichens-Lichtspiele: Ich glaub nie mehr an eine Frau.

Stadt. Konzerthaus: Filmvortrag: Die moderne Raumbeziehung. 4 Uhr.

Rheinstrandbad Nappendorf: Rund- und Sonderfische mit dem „Walfischflugzeug“ „Seefalke“. Tagl. von 11 bis 17 Uhr.

Gelfebastler: Georg Schöblylln, Verantwortlich: Politisch, Freist. Staat Baden, Volkshaus, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten: Grünbaum, Bob. Vandig, Gewerkschaftliches, Aus der Partei, Politische Chronik aus Mittelbaden, Durio, Gerichtszettel, Neulieder, Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß Karlsruhe, Gemeindefreie, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendheim und Baden, Karlsruhe: Violet Geller, Baumgarten für den Angehörigen: Gustav Rißler. Samstagsmorgen in Karlsruhe in Baden. Druck u. Verlag: Verlagsdruckerei Volksfreund G.m.b.H., Karlsruhe.

LEISTUNGSFÄHIGE SPEZIAL-FIRMEN

Natürliche Mineralbrunnen
 des In- und Auslandes
 zu Kurzwecken und als tägliches Tischgetränk
 in allen Preislagen
BAHM & BASSLER
 KARLSRUHE I. B. Gegr. 1887 Freiburg I. Br. Lagerhausstr. 19, Tel. 2957

Milch und Milch-Produkte
 in den verschiedensten Formen sind die besten und bei ihrem hohen Nährwert zugleich die billigsten Nahrungsmittel

Gebrüder Gretschmann
 Karlsruhe-Rüppurr, Löwenstraße 22
 Lager: Eggenstein Telefon 5061 und 6598
 Steinhauerei und Kunststein-Fabrik
 Baumaterialien
 Lieferung sämtlicher Steinhauerarbeiten in Natur- und Kunststein. Spezialität: Kunststein mit Vorsatz, steinmetzmäßig bearbeitet, Treppen, Gartenpfeiler (stark armiert), Terrazzo Arbeiten, Zementrohren in allen Dimensionen, Grabdenkmäler in sämtl. Weich- und Hartgesteinen nach eigenen und gegebenen Entwürfen

Gustav Siegrist
 Südl. Hildapromenade 5
 Telefon 5283

Bauunternehmen für Hoch-, Tief- und Eisenbetonbau

Sparer
 müssen heute mehr denn je Wert auf unbedingte Sicherheit ihrer Einlagen legen
 Sie bringen deshalb ihre Ersparnisse zu

Städt. (Oeffentl.) Sparkasse Baden-Baden
 die dieselben von 1.-RM. an zeitgemäß verzinst u. sicher anlegt

AUGUST SCHAIER
 Karlsruhe / Gegründet 1875
 Fabrik: Roonstrasse 24
 Lagerplatz: Klapprechtstr. 9
 Fernsprecher 435

Fenster-, Türen- und Möbelfabrik / Glasererei
 Schaufenster-Anlagen / Laden-Einrichtungen

KNOPF GESCHWISTER
 Das große moderne Warenhaus für Alle

Warner's weltberühmte amerikanische Hüftformer von Mark 11,- an
 Corselettes von Mark 13,- an
 nur im Corsett-Haus
A. LUCAS Nachf.
 jetzt Kaiserstraße 98

Verlangen Sie zur Herrichtung Ihres Fußbodens bei der
Drogerie Mayer, Ecke Wilhelm- u. Schützenstraße
Baurin - Fußbodenlackfarbe
 Sie fahren gut und billig!

Die niedrigsten Preise für Damenmäntel
 Blusen, Röcke, Pullover, Regenschirme usw. finden Sie in
Daniels Konfektionshaus, Wilhelmstr. 36, 1 Treppe
 Keine Ladenspesen! Ratenkaufabkommen der Badischen Beamtenbank!

Badische Heizungsbaufirma Karlsruhe
 Friedrich Weigelt Inh.: Wilh. Hauk
 Heizungs- u. Lüftungsanlagen aller Systeme — Abwärme-Verwertung
 Fernsprecher 1534
 Büro und Lager Viktoriastraße 3
 Entwürfe, Kosten-Anschläge, Ing.-Beratung kostenlos



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

16. Oktober. 1628 Französischer Brieftr. de Malherbe. — 1793 Marie Antoinette enthauptet. — 1827 *Kaiser Arnold Böcklin. 1854 *Karl Kautz. — 1920 *Arbeiterdichter Ernst Kautz. — 1920 *Dichter César Caire. — 1925 Pressevertreter bootottierten Mussolini in Locarno.

Bettler im Kaffee

Frisch geböhrt ist das Parlett des Kaffees, Spiegelblank und glatt. Das Serviermädchen hat ein weißes Schürzchen umgebunden, die Haare geglättet, ist zum Empfang der Gäste bereit. Bis jetzt war es Reinemädchen. Aber jetzt ist es ganz sauber und adrett, ist Serviermädchen, ist nur für die Gäste da. Na, nur für die Gäste. Die ersten Exemplare davon laufen ein, Menschen, die ihr Tagewert mit einer bescheidenen Dosis Raffinesse beginnen müssen, wollen sie den Mut für das Tagewert finden. Es sind Geschäftsfreisende, Studierende, es sind tägliche Stammgäste des Kaffees. Sie haben ihren bestimmten Platz im Lokal, lesen ihre bestimmten Zeitungen der Reihe nach. Das Serviermädchen kennt die Wünsche der Gäste, wundert sich, wenn mal eine abweichende Bestellung kommt, bemüht eine solche als Beginn einer morgendlichen Kläuberei. Zwischenbring bringt der Konditor frisches Gebäck. Liebliche Düfte von Kuchen und Kaffee überfluten den Geruch der blauen Bohnermasse. Das Mädchen ordnet das Büfett.

Es geht alles seinen geordneten Gang. Das Serviermädchen ist ein Augenblick im Nebenraum. Da geht die Tür. Erstaunt blicken die Stammgäste nach der Tür. Was ist? Im Türschwamben steht ein Mensch wie du und ich — und doch nicht. So unsicher dürfen wir im Leben nicht auftreten. Dieser hier hat nur gemeinsam mit uns, daß er Mensch ist. Mensch wie du und ich. Langsam magt er sich ins Lokal hinein. Schritt um Schritt. Warum bloß so zaghaft? Warum? Ah. Er hat gemerkt, daß seine Schuhe nicht auf geböhrtetes Parlett gehören, daß er nicht in dieses Lokal hineingehört. Warten im Raum steht er. Und wartet.

Die Gäste in den Bogen werden noch aufmerksam. Der Mann steht. Den Gästen kommt ein peinliches Gefühl. Ein Mensch wie du und ich. Ein Bettler? Oder ein linksischer Handwerker? Schlimmer als ein Kreuzworträtsel.

Endlich kommt das nette Serviermädchen: „Was wünschen Sie?“ „Was —?“

Der Mensch murmelt. Das Mädchen nimmt eine Tüte. In einer Ecke, aus einer Kiste füllt es Kuchenabfall in die Tüte. Reicht sie dem Mann. Nun ist die Frage klar. Ein Bettler! Die Gäste sind beruhigt. Der Mensch verläßt das Lokal. Er nimmt eine bestimmte Richtung. Und geht, und geht eilig — strebt seiner Wohnung zu. Vielleicht warten seine Kinder, wartet seine Frau auf Abgang. Warten und warten — täglich und stündlich. Und der Mann möchte bestimmt nicht betteln. Er eignet sich nicht dazu. Der Mann müßte Arbeit bekommen.

Einschränkung der Faschnachtsveranstaltungen

Im Hinblick auf den Ernst der Zeit und die unermindert bestehende Notlage des deutschen Volkes hat der Minister des Innern für das Jahr 1931 weitgehende Einschränkungen der Faschnachtsveranstaltungen in Aussicht genommen, über die die Presseabteilung der badischen Regierung folgendes mitteilt: Karnevalsartige Veranstaltungen jeglicher Art, insbesondere Masken- und Kostümbälle, sind vor dem 17. Januar 1931 (das ist ein Monat vor Fasnacht) und ebenso nach dem Faschnachtsdienstag gänzlich verboten. Ebenso wird jedes Faschnachtsreiben auf öffentlichen Straßen und Plätzen untersagt sein, also insbesondere alle Faschingsaus- und Umzüge, sowie jedes faschingsartige Auftreten von Personen auf öffentlichen Straßen und Plätzen. Nicht verwehrt sind die in bestimmten Teilen des Landes üblichen althergebrachten (historischen) Gebräuche besonderer Lokalen Charaktere, soweit sie sich in der Zeit vom Donnerstag vor Fasnacht bis Faschnachtsdienstag abspielen. Auch soll sich das Verbot nicht auf Kinder unter 14 Jahren beziehen. Bezüglich der Polizeistunde bleibt es auch über die Faschingszeit bei den geltenden Bestimmungen.

Im übrigen werden die Polizeibehörden angewiesen werden, soweit es möglich ist, auf die Einschränkung der Faschnachtsveranstaltungen hinzuwirken sowie dafür zu sorgen, daß auch bei den zugelassenen Faschnachtsveranstaltungen alle Auswüchse unterbleiben, insbesondere daß die halbwegsige Jugend sowie Personen, die in ungeeigneter Kleidung erscheinen oder sich unziemlich benehmen, ferngehalten oder entfernt werden.

Was man nicht begreifen kann

Städtebau ist heutzutage ein Kompromiß, bei dem aus den Gebotenheiten des Raumbedürfnisses, des Verkehrs, der Hygiene und der finanziellen Mittel eine Lösung erstrebt werden muß. Man sollte meinen, daß die Gestaltung der städtischen Grünflächen von denselben oder ähnlichen Gesichtspunkten geleitet wird. Das Veittheimer Wäldchen hat in letzter Zeit durch die fortschreitende Randbebauung so allerhand Veränderungen erfahren. Beim Bau des großen Wohnblocks Eberts, Schwarzwald, Schneewald, Klosterrain haben die dort beschäftigten Arbeiter Pfade durch die Waldflächen getreten, die auf dem kürzesten Wege zu ihrer Arbeitsstätte führten. Beim letzten Ausbau des Weanetzes wäre wohl das einfachste gewesen, wenn man diesen durch den Verkehr gewordenen Fußpfaden etwas nachgegeben und mit den neuen Anschließwegen etwas auf sie Rücksicht genommen hätte. Aber eine etwas weltfremde Gartenkunst hat diese neuen Wege nach anderen abgemessenen Bedürfnissen geregelt, und es den Possanten, die froh sind, der von Autos belebten Straße entronnen zu sein, dadurch meist recht un bequem gemacht hat, ihr Ziel quer durch das Wäldchen auf kurzem Wege zu erreichen. Sollte man es schon riskieren, einem kurzen alten Pfad zu folgen, dann muß man gewärtig sein, plötzlich vor einem Stachelstrauch halt laufend alles angelegt wird, was in irgendwelcher Weise verkehrspolitisch ungemüßlich von ihm herverleitet werden kann. In zweidirektionaler Zusammenfassung werden jedoch in Kürze sowohl im Terminkalendar der „Karlsruher Wochenblätter“, der amtlichen Zeitschrift des Verkehrsvereins, als auch in den Karlsruher Tageszeitungen und in den Blättern der Nachbarorte die einzelnen Veranstaltungen erscheinen. An Anknüpfung der bereits lebhaft eingehenden Winterreisen bietet der Verkehrsverein um recht baldige Bekanntgabe sämtlicher in Aussicht genommenen Veranstaltungen.

Ich keine Veranlassung, den Umweg über die Bahnstraße zu machen. Er wagt sein Fahrzeug sehr zur Freude der gemüßlichen Fußgänger auch noch durch die drei engen Schranken hindurch und sibt auf der anderen Seite wieder auf. Hat es denn heute, wo wir ganz andere Geschwindigkeiten gewohnt sind als damals, als die staubersenden Radfahrer sich auf der Straße verbotlich machten, noch einen Sinn, diesen Weg den Radfahrern zu sperren? Sind denn die Schranken für die Fußgänger nicht eine viel größere Unbequemlichkeit — wenigstens für die, die eben dort auch durch müssen? — als die Radfahrer, die die Längsweg durchqueren müßten?

Das Anpassen an die nun einmal gewordenen Verhältnisse scheint unierer Zeit besonders schwer zu sein. Die Gärten, die wir auf allen Gebieten erleben, läßt alle Verhältnisse sich so schnell entwickeln, als daß die in noch ganz anderem Denken gekulten Gebirge ihnen folgen könnten. Vielleicht ist das unter Hauttiefen und schuld daran, daß wir uns aus der heutigen Not nicht herausfinden können.

Versammlung des Arbeiterjüngerkartells

Nach langer Sommerpause fanden sich am Samstag, den 11. Oktober, die Delegierten des Arbeiterjüngerkartells zu einer Aussprache zusammen. Der Vorsitzende des Kartells, Stadt. R. Menges, konnte in diesem Jahre auf eine sechsjährige Tätigkeit als Kartellvorsitzender zurückblicken. Aus diesem Anlaß würdigte der stellvertretende Vorsitzende, Sansegen, Kobel, die erfolgreiche Tätigkeit des Gen. Menges, seinen Eifer und seine Hingabe für die Sache. Als Anerkennung und Erinnerung wurde ihm ein schönes Geschenk und ein Blumenkorb überreicht. Gen. Menges dankte gerührt und versprach, weiter seine Kräfte für die Arbeiterjüngerbewegung einzusetzen. — Zur Tagesordnung stand die Abhaltung einer Morgenfeier anlässlich des 80. Geburtstages des bekannten Arbeiterdichters und Sozialpädagogen Robert Seidel. Zürich. Sangessen. Plante zeigte in längeren Ausführungen die Verdienste des Gen. Prof. Robert Seidel als Dichter auf, der sich für die Arbeiterjüngerbewegung dadurch besonders verdient gemacht habe, daß er die textlichen Unterlagen für viele gern genommene Freiheitslieder lieferte. Seinen Haupttrieb hat sich Seidel aber durch seine sozialpädagogischen Werte erworben, die in 14 Sprachen übersetzt in aller Welt wissenschaftliche Anregung gegeben haben. Er ist auch der Vater der Arbeitsschule. Gen. Seidel leistet nun einer Einladung der „Popo-graphia“ zu ihrem Stiftungsfest am Samstag, den 25. Oktober, Folge. Um aber auch jenseits der übrigen Arbeitsschule Karlsruher Botschaft zu geben, diesen verdienstvollen Räumern und Sängern für die Ideale des schaffenden Volkes und der Menschheit zu ehren, soll am Sonntag vormittag von 11—12 Uhr eine Morgenfeier von Partei, Gemeindefreien und des Sängerkartells durchgeführt und an die Gesamtarbeiterchaft der Popo-graphie gerichtet werden, diese Veranstaltung recht zahlreich zu besuchen, besonders, da der immer noch jugendliche Schriftsteller, um seinen deutschen Brüdern und Schwestern im Kampfe gegen Faschismus, Eugenismus und Reaktion beizustehen. Der in Verbindung des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Koch, anwesende Gen. Prof. Kobel sprach sich für seine Person begeistert für die Durchführung dieser Veranstaltung aus und will für die Unterlassung der Partei belangt sein. Alle Disziplinierungsstellen die Feste für angebracht, die hierauf einstimmig ausgesprochen wurde. Der Vorsitzende hat die Delegierten, in ihren Vereinen eifrig für diesen Zweck nicht nur dieser Feste, sondern auch des Konzertes der „Popo-graphia“ bemüht zu sein, damit öffentlich zum Ausdruck kommt, daß die Arbeiterchaft keine Dichter und Denker zu ehren und zu schätzen weiß. — Darauf fand noch eine kurze Aussprache über interne Angelegenheiten statt.

Der „schwarz-rote Korruptionsgeist“

Im „Löwentagen“ soll er gebannt werden. Die Nationalsozialisten haben dazu ein. Der berufene Mann hierzu der Gau-Geschäftsführer Kemper der Ortsgruppe Karlsruhe der Nationalsozialisten. Große Dinge hat er, dieser Herr Kemper. Man höre, was er in einem Spandettel verlangt, welcher erstern in die Briefkästen der Bewohner der Mittelstadt gemorfen wurde. Da heißt es:

„Wir Nationalsozialisten verlangen, daß man uns die Regierung überträgt, aber über wir werden Opposition bis zur Lösung treten und sollte es zur neuen Reichstagsauflösung kommen. Wir werden nicht ruhen noch ruhen, bis wir unserer Parole:

„Partei mit dem schwarz-roten Korruptionsgeist, Gerechtigkeit in die Gemeinden, Länder und Reich.“ Geltung verschafft haben. Arbeiter der Stirne und der Faust, es fehlt eure Mitwirkung.“

Deshalb kommt zu Kemper, der wird euch das Universal-Mittel lassen. Aber er tut nicht umsonst. 20 Pa. muß man hängen, wenn man das Universal-Mittel will. Dann wird der Reichstag den Nationalsozialisten überantwortet und in Baden der schwarz-rote Korruptionsgeist gebannt.

Was diese Burschen sich doch herausnehmen? Schimpfen, verleumden, Verleumdungen, alle politischen Gegner herunterreißen. Das ist die Methode dieser anmaßenden Gesellschaft.

Sie sollen es nicht zu bunt treiben; die Karlsruher Arbeiterchaft ist auch noch da und wenn diese sich entschließt, den Leuten vom Schlosse des Kemper endlich das Handwerk zu legen, dann wollen wir einmal sehen, was das mit dem großen M — — des Kemper und seiner Spießgesellen auf sich hat. Wir warnen!

Karlsruher Winterveranstaltungen 1930/31

In der heutigen Ausgabe unseres Blattes wendet sich der Karlsruher Verkehrsverein an die hiesigen Kunstliebhaber, Museen, Konzertdirektionen und an die bedeutendsten Vereine mit der Bitte, ihm sobald wie möglich die für diesen Winter geplanten größeren Veranstaltungen zwecks propagandistischer Verwertung bekannt zu geben. Das reichsweite kulturelle Leben in der badischen Landeshauptstadt weist ja bekanntlich so zahlreiche künstlerische, kulturelle, wissenschaftliche und unterhaltende sowie sportliche Veranstaltungen auf, daß es geboten erscheint, diese vielseitigen Darbietungen auch verkehrspolitisch auszunutzen, indem das Karlsruher Winterprogramm 1930/31 in der näheren und weiteren Umgebung verbreitet wird. Der Ruf Karlsruhes als Kunst- und Kulturstätte darf auch trotz der augenblicklichen mangelhaften Wirtschaftslage nicht ruhen, und alle Veranstalter von irgendwelcher Größe oder kleineren in Betracht kommenden Unternehmungen handeln in ihrem weitestgehenden Interesse, wenn sie dem Verkehrsverein rechtzeitig ihre Veranstaltungen mitteilen. Außerdem aber ist es erwünscht, daß auch dem Verkehrsverein in weiterer laufend alles angelegt wird, was in irgendwelcher Weise verkehrspolitisch ungemüßlich von ihm herverleitet werden kann. In zweidirektionaler Zusammenfassung werden jedoch in Kürze sowohl im Terminkalendar der „Karlsruher Wochenblätter“, der amtlichen Zeitschrift des Verkehrsvereins, als auch in den Karlsruher Tageszeitungen und in den Blättern der Nachbarorte die einzelnen Veranstaltungen erscheinen. An Anknüpfung der bereits lebhaft eingehenden Winterreisen bietet der Verkehrsverein um recht baldige Bekanntgabe sämtlicher in Aussicht genommenen Veranstaltungen.

Die Polizei berichtet:

Politische Reibereien

Gelegentlich einer Verammlung von Nationalsozialisten in einem Gasthaus in Mühlburg kam es am Mittwoch abend zu wiederholten Störungen, offenbar von kommunistischer Seite und in deren Folge zu Schlägereien. Die Polizei mußte mehrere Male mit größerem Aufgebot eingreifen. Bei den Auseinandersetzungen zwei Versammlungsteilnehmer von Gegnern erheblich verletzt. Einem der Täter, der sich eines Stuhles als Waffe bediente und seinen Gegner über augerichtet hatte, wurde bei der körperlichen Durchsuchung durch die Polizei ein im Griff festgehaltenes Messer abgenommen. Nach der Kundgebung des Reichsbanners, der SPD, und der Gewerkschaften am Mittwoch abend in Durlach kam es gegen halb 11 Uhr abends in der Hauptstraße zu erregten Szenen. Mehrere Nationalsozialisten, die sich auf dem Heimweg befanden, wurden in der Hauptstraße von Kommunisten erkannt und angehalten. Sie wurden in ein Haus, wo sie nun von Kommunisten und zahlreichen Gewinnungsmitgliedern regelrecht belagert wurden, so daß ein größeres Kommando der Polizei zur Säuberung der Straße aufgeben werden mußte. Auf Anweisung hin nahm die Polizei bei den Nationalsozialisten im Hause eine körperliche Durchsuchung nach einem Revolver vor, die jedoch ergebnislos verlief. Dagegen wurde auf einem Fensterbrett ein Löffelgehäuse aufgefunden und festschlagen. Auch nur dem Hause des Vorsitzenden der Nationalsozialistischen Partei Durlach kam es zu größeren Zusammenstößen von politischen Gegnern, weil angeblich ein Reichsbannermitglied von einem Nationalsozialisten bedrängt worden war. Auch hier mußte die Straße durch die Polizei gesäubert werden.

Verkehrsunfälle

In der Nähe der Unterführung der Ettlinger Straße geriet am Mittwoch mittags eine 40 Jahre alte Landwirtsehefrau aus Mühlburg über den Fahrbahnrand unter ein Fuhrwerk, wobei ihr ein Vorderarm über den Körper ging. Sie erlitt eine Bruchverletzung und mehrere Wundrisse. Außerdem wurden ihre Kleider zerfetzt. Die Schuldfrage steht noch offen. — Außerdem ereigneten sich mehrere Unfälle leichterer Art.

Diebstähle

Die Fahndungspolizei konnte auf dem hiesigen Hauptbahnhof im Zug nach Frankfurt, kurz vor dessen Abfahrt, eine als Betrügerin bekannte Frauensperson festnehmen, die eine Hausangestellte, mit der zusammen sie in einem hiesigen Heim wohnte, ein Barockschloß entwendet und davon bei einer hiesigen Bank 1410 M. entnommen hatte. Bei der Festnahme befand sie sich noch im Besitz von 880 M. Das übrige Geld hatte sie in der Hauptstraße für Kleiderstücke ausgegeben. Die Diebin wurde ins Bezirksgefängnis eingewiesen.

Aus einem Laden in der Markgrafenstraße entwendete ein unbekannter Dieb 100 Stück der Berliner Illustrierten im Werte von 20 M.

Brandgeschaden

Am Mittwoch nachmittags gegen 1 Uhr wurde der Bestimmung des ehemaligen großherzoglichen Regens in der Herrenstraße, wo die Badenvereinsanstalten der Polizei- und Straßenbahndirektion untergebracht ist, Feuer gemeldet. Ansolos der Mittagszeit wurde der Brand igni bemerkt. Die Feuerwehr hatte bis gegen 2 Uhr auszu, um das Feuer abzulöschen, wahrscheinlich ist das Feuer durch Wegwerfen der Viegen eines noch brennenden Zigarettenstummels entstanden. Die Höhe des Schadens ist noch nicht bekannt.

Die „Seeshwalbe“ gelandet

Gestern nachmittags 4.45 Uhr ist das Wasserflugzeug „Seeshwalbe“ des Rheinflugdienstes beim Rappenwörth-Strandbad auf dem Rhein gelandet. Es kam von Koblenz her. Heute beginnen die Rundflüge über Karlsruhe und Umgebung.

Die Autobahnstraße über den Schwarzwald

Der Straßenbau Syndikat-Unternehmen, das letzte Glied der Durchgangsstrecken Karlsruhe-Baden-Baden-Freiburg (Freiburg) — St. Blasien nach Konstanz (Baden) ist demnächst beendigt. Auf der Anfahrtsstraße Karlsruhe-Ettlingen-Börsersbach-Freiburg-Gaggenau stehen die Arbeiten gleichfalls vor ihrer Vollendung. Hier handelt es sich natürlich um die Herrichtung des Straßenrückens zwischen Börsersbach-Freiburg und Gaggenau für diesen Höhenverlauf. Es ist somit die ganze von Karlsruhe bis Konstanz durchgehende Schwarzwaldhöhenverkehrsstraße, die bekanntlich fortan den Namen „Schwarzwaldhochstraße“ tragen wird, demnächst vollendet. Die Karlsruhe die Zufahrt zu dieser „Schwarzwaldhochstraße“ durch die Karl-Friedrich- und Ettlinger Straße über den neuen Rangierbahnhof genommen. Wegezeiger werden dort auf diese Zufahrt hinweisen. Für den Ausflugsverkehr der Karlsruhe selbst wird die Strecke Karlsruhe-Ettlingen-Freiburg-Gaggenau-Baden-Baden erhöhte Bedeutung gewinnen. Die Konzeption dieser für die Volkswirtschaft unter gewissen Bedingungen erstrebenswert. Die regelmäßige Betriebnahme wird im nächsten Frühjahre Sommer stattfinden. Sonderfahrten können aber schon jetzt unternommen werden.

Veranstaltungen

Die Kreisratler des Landesverbandes Baden-Pfalz V.D. St. Blasien veranstalten anlässlich ihrer Tagung in Karlsruhe am Samstag, den 12. Oktober, eine Ausstellung der Kunst- und Kulturwerke, einen Redevortrag und Familien-Unterhaltung. Außerdem ist aus dem gelagerten Quartier ersichtlich.

Ränderringkampf Baden-Pfalz — Groß-Rohrungen am Sonntag, den 12. Oktober in der Stadt. Festliche Karlsruhe. Das der Groß-Rohrungen Verband zu dem Ränderringkampf nur seine Welfen aufgestellt hat, geht über, als herber, daß er die Aufgebungsämpfe gemacht wurden, um den besten zu ermitteln. Bei diesen Aufgebungsämpfen gingen 5 Mitglieder aus Müllhausen und 2 aus Colmar als Sieger hervor. Der Wettbewerb der Karten hat bereits eingeleitet und erfreut sich sehr schon in der ersten Zulassung. Es empfiehlt sich daher, sich frühzeitig mit Karten zu versehen. Die Vorratsaufstellungen siehe die Anzeige in der heutigen Ausgabe.

Kleine bad. Chronik

Vom Autoanhänger überfahren und getötet
D3. Pforzheim, 15. Okt. Gestern abend gegen 10 Uhr hielt vor dem "Röhle" in Bilsferdingen ein Lastauto mit Anhänger des Pforzheimer Fuhrwerksbesizers Beerwiler. Als sich der Lastkraftwagen, der aus der Pfalz gekommen war, nach etwa viertelstündigem Aufenthalt wieder in Bewegung setzte, stürzte der Fahrer des hinteren Wagens — der 35jährige verheiratete Karl Schwarz aus Brötzingen — unbemerkt ab. Er geriet unter die Räder und erlitt so schwere Verletzungen, daß der Tod alsbald eintrat. Der Kopf des Verunglückten wurde vollständig zerquetscht. Schwarz hinterläßt Frau und zwei Kinder.

Durch Unfall zu einer Zeppelinfahrt gekommen
D3. Schriesheim bei Heidelberg, 15. Okt. Als das Luftschiff "Graf Zeppelin" am 20. Juli die Schriesheimer Gegend überflog, bestieg die Ehefrau Marie Steinmetz mit ihren 5 Kindern eine an einem Neubau angelegte Holzstiege, um bessere Sicht zu haben. Plötzlich rutschte die Stiege aus, überschlug sich und alle stürzten auf schiefen Bahnen auf eine Steinrampe. Während die Kinder mit leichten Verletzungen davonkamen, mußte die Frau mit mehreren Knochenbrüchen weggetragen werden. Die Luftschiffkennung, die von dem Unfall Kenntnis erhielt, hat nunmehr Graf Steinmetz zu einer Preisfahrt anlässlich der Landung des "Graf Zeppelin" am Sonntag in Mannheim nach Friedrichshafen eingeladen.

Schweres Motorradunglück
D3. Schwetzingen, 15. Okt. Auf der Mannheimer Landstraße zwischen dem Schwetzingener Friedhof und dem Sandloß hielt der 28 Jahre alte Fabrikarbeiter Peter Blumenstein aus Mannheim-Neinheim mit dem Motorrad in voller Fahrt gegen einen am Straßenrand lebenden Anhängewagen eines Lastkraftwagens. Der Fahrer war sofort tot, sein auf dem Sozius sitzender 17jähriger Bruder, der Michael Wilhelm Blumenstein, sah sich eine Gehirnerschütterung und schwere innere Verletzungen an. Er lag in Lebensgefahr. Das Unglück ereignete sich in der neunten Abendstunde und soll darauf zurückzuführen sein, daß der abgestellte Anhängewagen ungenügend beschildert war.

Zur Stilllegung der Strecke Bubenbach-Brötzingen
Der badische Finanzminister hat nach Vorentscheid mit dem für die Führung der Aussicht zuständigen Reichsbevollmächtigten für Südbahnaussicht in Karlsruhe auf die Mitteilung der Bad. Volkseisenbahnen A.G. Karlsruhe wegen Stilllegung der Strecke Bubenbach-Brötzingen entschieden, daß er dem Beschluß auf Stilllegung nicht zustimmen könne, nachdem sich inzwischen die Möglichkeit gezeigt hat, die Gesamtanlage des Unternehmens der Weag durch Einstellung des künftigen Autoverkehrs Karlsruhe-Wuppertal zu verbessern und nachdem noch andere Möglichkeiten geprüft werden müssen, wie die Lage der Weag gehoben werden kann.

Stettheld (Amt Bruchsal). Der 24 Jahre alte Ausschiffschaffner Blas Krel aus Hilsbach ist beim Einsteigen der Nebenbahn in die hiesige Station aus dem Radwagen gestürzt, als er nach der Bremsvorrichtung sehen wollte. Das Unglück ereignete sich in der Weise, daß Krel von einer Telegrafenstütze erfaßt und aus dem Zuge geschleudert wurde. Der Verunglückte erlitt schwere Verletzungen am Hinterkopf.

Seibelsberg. Wie noch erinnert, wurde vor etwa 14 Tagen am Seibelsberg ein Bombensturz von einem Begleiter plötzlich überfallen, am Hals gestrichelt und seiner Tasche mit 50 RM., sowie seines Mantels beraubt. Der Täter konnte nunmehr in der Person des lebenden Artisten Michael Kufzer aus Bischofheim in Offenbach a. M. festgenommen werden; er ist geflohen.

Deigheim. Staatspräsident Dr. Schmitt hat an Herrn Parzer Sager anlässlich seines 70jährigen Ortsjubiläum ein herzliches Glückwunschschreiben geschickt und dabei mit besonderer Anerkennung seiner so überaus erfolgreichen Arbeit als Leiter der Deigheimer Volkshöhe gedacht, die den Namen Deigheim in die Welt hinausgetragen und zugleich Volkserziehung und Volksbildung geleistet hat, wie es wenigen Gemeinwesen zukommt.

Unabgaben, Amt Donaueschingen. Als vor einiger Zeit der 70 Jahre alte, bei einem Landwirt wohnhafte Rentner Bischof sein Sparfassenbuch nachsah, mußte er feststellen, daß von seinem Sparkonto zwei Beträge mit zusammen 3000 RM. abgeboben und ungenügend verbucht waren. Der im selben Hause in Miete wohnende Reisende Franz Joseph Hafenzers hatte sich in das Zimmer Bischofs eingeschlichen, das Sparfassenbuch entwendet und zweimal Geld abgeboben. Als Bischof Anzeile erstatte, war Hafenzers mit einem Auto nach Freiburg gefahren, wo er angeblich Geheiß hatte und ist seitdem verschwunden.

Zell a. S. Vergangenen Mittwoch verstarb im hiesigen Krankenhaus unser Bürgermeister Herr Karl Schäfer. Er wurde im Spätsommer 1923 als erster Berufsbeamter der Stadt Zell a. S. gewählt. In den letzten Jahren, wo er die Geschäfte der Stadt geleitet, entfaltete der Herr Schäfer ein reiches Können insbesondere auf verwaltungsmäßigem Gebiete. Niemand hat so sorgfältig bei ihm Rat und Hilfe gesucht, stets fand er Mittel und Wege, um der bedrängten Einwohnerschaft zu helfen. Er war Bürgermeister für alle, insbesondere aber hatte er ein mitfühlendes Herz für die Armen. Der Verstorbenen war auch immer herzlichlich eingeweiht, so ist es seiner Initiative zu verdanken, daß das alte Krankenhaus vollständig um- und ausgebaut wurde, so daß wir heute im Besitze eines schmunzigen, allen Anforderungen genügenden Krankenhauses sind. Ferner wurde das Elektrizitätswerk errichtet sowie die Erweiterung von Wohnhäusern unter ihm getätigt. Auch als Vorkämpfer der Stadt. Sparkasse hat er sich verdient gemacht. Am Freitag abend fand unter zahlreicher Beteiligung der Einwohner, der Gemeindeverwaltung sowie sämtlicher Vereine die feierliche Einsegnung und Ueberführung nach Karlsruhe statt. Es war eine würdige und erhabene Trauerfeier. In feierlichem Zuge wurde die herliche Hülle bis zum Ortsausgang geleitet. Am Samstag nachmittag fand dann die Beisetzung auf dem Friedhof seiner Heimatstadt Karlsruhe statt, an der die Gemeindevorstände, Sparkassenverwaltung, Bezirksamt, Bezirksbürgermeister Renner (Präsident) als Vertreter des Bad. Städtebundes, die Beamten der Stadt Zell sowie der Südwestdeutsche Musikverband teilnahmen. Dem Verstorbenen warme Worte widmeten und Kränze niederlegten. Sein Andenken werden alle, insbesondere aber die Arbeiterschaft in Ehren halten.

Konzerte
Heute spielt der Strauß. So hieß es einmal in einem famosen Gedicht der Münchener "Jugend". So hieß es für Tausende Karlsruhe am Dienstag abend. Das Johann Strauß fertig brinat, den Johann Strauß mit seinem Musikern. Die Festhalle war bis zum letzten Plätzchen besetzt, auch die Plätze auf dem Podium hinter seine Musikern waren in Anspruch genommen. Johann Strauß und seine Wiener Musikler befanden sich also inmitten einer großen Familie der Freunde seiner, der Wiener Musik! Sie sind ja unverwundlich, diese Wiener Walzer, diese Polka und Galopp. Welcher Fortschritt, welcher Tango, welcher Charakter, und wie alle die aus wird in 60, 60 und mehr Jahren noch dieselbe begeisterte Zuhörerlichkeit finden, wie etwa der "Annen-Polka", "Die Wiener aus dem 63 Jahren zum erstenmal spielte Walzer", "An der schönen blauen Donau". Es ist ja li. des Wille etwas, wie der Wiener sagt, des die Musik so zum Gemüt, zum Herzen sprechen läßt, das mitteilt, begeistert, Johann Strauß lieb nicht nur seine Vorfahren

Gegen den Bluffsfaschismus
Das rote Durlach kampfbereit!

Die Verweigerung der unseren Genossen Reibe, die unerhörten Provokationen und der Terror des vom Nationalsozialismus verführten Bürgertums, die allgemeine, blutdürstige Hege des von hysterischen zusammengekauften Vaterlandspatzen in der Durlachstraße in Karlsruhe haben die Arbeiterkraft von Durlach, das treibend und republikanisch gesinnte Bürgertum aufzurüttelt. Das Maß der Geduld ist voll. Die republikanischen Organisationen der Stadt Durlach rufen heraus zum Protest gegen die nationalsozialistischen Staatsfeinde und Volksverderber. Und es wurde eine Protestkundgebung, wie sie Durlach wohl noch nicht gesehen hat. Der gewaltige Aufmarsch der Durlacher Arbeiterorganisationen am Mittwoch abend erbrachte den überzeugenden Beweis, daß die Durlacher Arbeiterkraft zum Abwehrkampf gegen den nationalsozialistischen Terror, gegen faschistische Gewalttätigkeit gerüstet ist.

Dem Aufruf des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, der SPD., der Gewerkschaften und des Arbeiter-Sports- und Kultur-Kartells folgend, bewegte sich nach 8 Uhr, zu einem unübersehbaren Zug formiert, die Masse der Werktätigen durch die Straßen der Altstadt, durch die Hauptstraße, Rittersstraße, Dürnbach- und Gilmersche Straße zum Weidhof. Im Licht der Fackeln erstarrte aufrüttelnd das leuchtende Rot der Fahnen und Transparente. Der Gesang der proletarischen Kampflieder und demonstrierender Rufe als Explosion der Volkswut über die gemeinsinnliche Hege gegen unsere Genossen und Reichsbannerkämpfer Otto Reibe zeugte vom Kampfwillen und von der Kampfschloffenheit der Durlacher Arbeiterkraft. Nicht abgerannt stand rechts und links auf dem Gehweg die Einwohnerschaft der Stadt, durch Zurufe ihrer Sympathie Ausdruck verleihend für die Marschierenden.

Kopf an Kopf, in mühsamer Arbeit und Disziplin stand dann die Menge im Weidhof. Und dort im Licht der Lampen und Fackeln sah man es: diese Demonstration kann bezeichnet werden als eine

Auflehnung des Jungproletariats gegen den faschistischen Wahnsinn.

Wohl trübten wir manchen alten Kämpfer, keiner der alten Genossen und Kameraden fehlte. Und doch darf gesagt werden: Das Gesicht der Kundgebung trug die Züge der Jugend.

Kamerad Rechtsanwalt Hoffmann (Karlsruhe) sprach. Der Betheiligte im Prozeß Reibe stand als Ankläger im Licht der Fackeln. Mit klarer Stimme rief er zum Angriff. Schließend stellte er sich vor unseren aufkommenden Genossen und Kameraden, dessen Tat vor fünf Jahren — wenn wir uns schon auf den Standpunkt des Urteils stellen wollen — selbst vom Gericht nur als eine bareißliche Ueberhebung der Notwehr gekennzeichnet werden konnte. Dann wies der Redner jene infamen Äußerungen der

zu Wort kommen, neben Johann Strauß (Sohn) und Josef Strauß waren auch Baner (Wuppertal), Franz Schubert (Lied aus Wien), E. Kalmann (Gardaschewitz) und Ziehrer (Wuppertal) auf dem Programm vertreten.

Johann Strauß führte sein Orchester mit der ihm ja schon längst bekannten Ruhe und Ueberlegenheit. Schönbar etwas lässig und dennoch kraft und energiegelad. Er hat ein Orchester, das ausgezeichnet eingepreist ist, das auch über gute Solisten verfügt, aus dem alle die Wiener Lebensfreude, Gemütsstärke, all der Wiener Gutmur, herausfließt. Das Publikum wurde mitgerissen, es jubelte ihm ewig, 64jährigen Dirigenten und seinem Orchester zu, und das Programm wurde von 10 Nummern auf 18 Nummern erweitert, bis der geehrte Dirigent resigniert feststellen mußte, daß der Dreisbevorzugt erschöpft sei.

Herbstkonzert des Arbeiter-Gesangvereins Vorwärts Weingarten

Das Programm, das der Arbeiter-Gesangverein Vorwärts Weingarten für sein Herbstkonzert zusammengestellt hatte, war lebhaft und gewinnend. Der Bezirksleiter Gen. Heiser gedachte in markanten Worten Gustav Adolf Uthmann, des bahnbrechenden Komponisten einer großen Reihe sozialistischer Lieder, unter denen Lord Tolstoi wohl der wertvollste, begeistertste ist. Der Redner entwarf in kurzen Zügen ein charakteristisches Bild des unermüdbaren Komponisten, dessen Lebenslauf, besonders in seiner Jugend vieler Entbehrungen und Sorgen wegen, nicht viel Erfreuliches hatte. In seine Gedächtnisworte reichte Gen. Heiser gleich die Ehre der über 25 Jahre aktiven Sänger. Es war eine herrliche Reihe, die mit Auszeichnungen geehrt werden konnten. Sänger, die ein Vierteljahrhundert dem Vorwärts die Sängertreue gehalten haben, sind: Martin Wilhelm, R. Heiser, Johann, Gabel, Karl, Werner, Wolf, Sietzer, Wendelin, D. D. Die Christoff, Jung, Albert. In besonders feiner Weise überreichte Gen. Heiser Karl Heiler die Ehrenzeichen, der schon 35 Jahre dem Vorwärts Weingarten steht und der es verdankt, das Vereinsmitglied, wenn es in Sturm geriet, immer wieder in den sicheren Hafen zu lenken. In wieviel Dinst ist Heiler eine hoch zu bewertende Kraft: er ist ein Sänger von einem Ausmaß, wie ihn nur wenige Gesangsvereine in ihren Reihen haben, und dann hat er auch als Mensch so viele Eigenschaften, die ihn befähigen, immer wieder Vermittler zu sein, dort wo tiefgehende Meinungsverschiedenheiten sich einstellen. Heiler dankte im Namen der Geduldeten mit herzlich Worten.

Das stimmvolle Konzert, zu dem trotz strömendem Dauerregens sich zahlreiche Gäste und Freunde des Vorwärts im Rärcher-Saal einfanden, nahm einen eindrucksvollen Verlauf. Eröffnet wurde es mit Uthmanns "Empor zum Licht", dann bekam man noch dessen "Sonnen an die Freiheit" und den überaus gefälligen Chor "Walter von der Vogelweide" zu hören, den Uthmann mit besonderer Innigkeit und Weichheit ausstellte. Herr Musikdirektor Wiederhold hat die Ehre mit großer Gewissenhaftigkeit eingeholt. Er hat seinen Stil getroffen, der nötig ist, um Uthmann zu verleben, für allem hat der weiße Tenorklang auf, der weder durch hartes Pressen oder durch zu starke Tongebung getrübt wurde. Auch die Wiederholende Männerkomposition "Seimatwe" fand eine innige Klar durchgeführte Verlebendigung. Herr Musikdirektor Wiederhold weiß seine Sänger für den Stoff zu interessieren. Herr Konzertführer Brakler hat einen jenen Bariton, er sang Lieber von Schubert von Meyer-Helmund, Thiede und Wiederhold. Herr Brakler hat mit starkem Empfinden. Seine Aussprache ist wohl gepflegt und seine Tongebung natürlich. Fr. Spraul (Offenburg) ist eine junge Gelehrin, die noch etwas zu früh sich auf das Konzertpodium wagte. Sie besitzt schon eine gewisse technische Reife, die jedoch zur Bewältigung von Berlioz Ballettszene nicht ausreicht. Herr Musikdirektor Wiederhold begleitete den Sänger und die Gelehrin mit großer Gemüthsstärke und guter Einfühlung. Sämtliche Darbietungen fanden herzlich Beifall.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Vorauswärtige Witterung für Freitag, den 17. Oktober: Zeitweilig leicht bewölkt, vorwiegend trocken bei südlichen Winden, nachts mild.

nationalsozialistischen "Führer" zurück, die von uns bereits entschlossen gebrandmarkt worden waren.

Schloßlichtartig offenbare der Fall Reibe den Ernst der Situation. Die soziale Republik sei in Gefahr, die hinterhältigen Gemeinheiten der Nationalsozialisten zu erliegen. Jederleicht wiege der Hittereid vor dem Reichsgericht. Adolf Hitler, dieser Rattenfänger aus Böhmen, habe bereits einmal 1923 sein Ehrenwort gebrochen und sei gewiß bereit, dies auch heute wieder zu tun. Das Klirren der zertrümmerten Schaufensterscheiben der Berliner Geschäftsbücher sei ein Warnungssignal und lasse Schlüsse zu auf die Zusammenfassung der NSDAP. aus sozialen Naturen.

Als der Redner die Äußerung eines führenden Nationalsozialisten zitierte, es sei eine Verhaltensmaßregel innerhalb der NSDAP, daß die politischen Führer sich an der Tätigkeit der S.A.-Abteilungen nicht beteiligen sollen, ging eine Welle der Empörung durch die Versammelten. Die Drabsicher hatten sich im Hintergrund, um sich für die im Dritten Reich einzunehmenden Ministerstellen zu erblicken. Zertrümmerte Gesellschaften, zerstückte Zeitungsdruckereien, aufgelöste Arbeiterorganisationen, in Brand gesteckte Volkshäuser würden wie in Italien so auch in Deutschland den Weg der Diktatur bereichern. Der Sinn des Faschismus sei Knechtung des Proletariats, Niedertrümpelung der Armeen der Armen.

Für uns Sozialisten und Republikaner erbehe sich die Frage: Was tun?

Dem Geschrei der Faschisten antwortet unser Ruf: Halt, bis hierher und nicht weiter! Schluß jetzt mit dieser Hetze! Hände weg von der demokratischen Republik! Wir wollen keinen Bürgerkrieg, aber wenn wir dazu gezwungen werden, dann werden wir die geballte Faust aus der Tasche ziehen, und wer dann noch einen Schritt weiter geht, dem schlagen wir die geballte Faust ins Gesicht, daß ihm Hören und Sehen vergehen soll. Wir sind bereit zu kämpfen und wenn es sein muß, jedes Opfer zu bringen.

Brausen der Beifall der Massen mag unserem Kameraden Hoffmann beweisen haben, daß seine Worte Stimmung und Kampfwillen des Durlacher Proletariats zum Ausdruck gebracht haben. Es war inzwischen bekannt geworden, daß die Nationalsozialisten für den heutigen Donnerstag abend offenbar eine Gegen-demonstration vorbereiten.

Die Durlacher Arbeiterkraft ist entschlossen, den faschistischen Nordheeren die Straße nicht freizumachen.

Die Kundgebung kann in den Entschluß aus: Die Straße gehört uns! Auch heute Abend!

Der Abmarsch der Organisationen vollzog sich wie der Abmarsch in vollkommener Ordnung. Der Eindruck der Kundgebung: Durlach ist gerüstet und kampfbereit.

Aus der Stadt Durlach

Zum Fall Reibe wird berichtet: Der frühere Polizeimeister Reibe ist seinen Verletzungen nicht erlegen. Die frühere Durlacher Meldung, die von uns nicht wiedergegeben wurde, beruhte auf einem Mißverständnis. Jedoch hat Reibe durch den Schuß ein Auge verloren. Sein Zustand ist aber nicht lebensgefährlich. — Das Städtische Gaswerk Durlach teilt mit, daß es nicht auftrifft, daß Anstellte des Gaswerks gegen die Beschäftigten Reibes Einspruch erhoben hätten. — Es ist möglich, daß der Selbstmordversuch Reibes Gegenstand von Ermittlungen sein wird. — Wir hoffen sogar heftig, daß Ermittlungen angestellt werden, vor allem, um die Namen aller jener festzustellen, die den städtischen Beamten in solch gemeiner und feiger Weise anempfehlen. Wir sind ja überzeugt, heute wird niemand mehr von der ganzen feigen Vaterlandspatzen-Gesellschaft den Mut haben, mit dem Namen für die feigen, hinterlistigen Anempfehlungen einzutreten.

Gewerkschaftliches

Das Ende des Streiks im Kaiser Bauergewerbe. Der seit Anfang März d. S. dauernde Streik im Kaiser Bauergewerbe ist nunmehr durch einen Schlichterspruch des Präsidenten der Kaiser Handwerkskammer beendet worden, der in der Hauptsache eine Stundenloohnerhöhung von 3 Rappen vorsieht. Sowohl die Streikenden Bau- und Holzarbeiter und Gesellen, sowie die Arbeitgeber haben dem Schlichterspruch, wenn auch mit kleinen Modifikationen, zugestimmt. Der Streik ist somit beendet.

Letzte Nachrichten

Neues Erdbeben in Oberbaden
Mittw. Freiburg, 16. Okt. (Ein Drahtbericht.) Heute nacht 11.20 Uhr wurde in verschiedenen Orten Oberbadens, auch in Freiburg, im Breisgau und auf der Saar im Gebiete um Donaueschingen, ein neuerliches Erdbeben wahrgenommen, der von langem tiefem Rollen und leichtem Schwanken begleitet war. Als Richtung des Erdbebens wird Nordost-Südwest bzw. Nord Süd angegeben. Das Erdbeben wurde besonders stark im Emmendinger Bezirk und in der Gegend von Müllheim verspürt. Auch aus dem Elsaß, insbesondere dem Oberelsaß, liegen Meldungen über einen Erdstoß vor.

Die in 4 Zeilen 30 Wg. die Zeit Vereinsangehörigen haben unter dieser Rubrik in der Regel ihren Wohnort, aber auch die Namen der Vereine anzugeben.

Karlsruhe
F.R. Fußballer. Freitag abend 8 Uhr im Lokal "Gambtrius-halle" außerordentliche Spielerversammlung. Vollständiges Erscheinen erwünscht. 6621
Naturfreunde, Winterportabteilung. Heute abend 20 Uhr Winterportversammlung im "Friedrichshof", Saalzimmer. 6620
Naturfreunde. Freitag, 17. Oktober Vortrag: "Die Aufgaben der Naturfreunde in der Arbeiterbewegung". 20 Uhr "Friedrichshof". 6622

Naturfreundbegegnung Mittelbaden. Samstag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr. Vortrag im Rosshornener Saal über das Sexualproblem (Dr. Kahn). Die Jugendleiter werden wegen wichtiger Besprechung besonders eingeladen. 6604 Bezirksjugendleitung.

ADGB, Karlsruhe-Durlach-Ettlingen. Montag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr. Beginn im Volkshaus unsere Bildungsarbeiten. Als erster spricht Präsident Gen. Dr. Engler-Frankfurt a. M. über das aktuelle Thema: "Arbeits- und Befähigung der Arbeitlosen". Der Kartellvorstand erwartet den vollständigen Besuch der Vertreter und Betriebsräte. Auch die sämtlichen Mitglieder unserer Organisationen sind freundlichst hierzu eingeladen. 6623

Lebendarbeiterverband Karlsruhe-Mühlburg. Die am morgen Freitag abend angelegte Verammlung findet nicht statt, sondern wird auf Freitag, 24. Oktober, verlegt. Dagegen beteiligen sich die Kollegen vollständig an der Verlegung des Kollegen Kutterer um 5 Uhr auf dem Mühlburger Friedhof. 6603

Einmaliges Angebot!

6000 Meter Weißwaren

wegen zu großen Lagers so billig, daß wir dieselben nahezu zu **Vorkriegs-Preisen** verkaufen können. Wir begnügen uns mit ganz geringem Aufschlag, um unsere werthen Kunden eine wirkliche **sensationelle Gelegenheit** bieten zu können

NUR SOLANGE VORRAT!

- Einige Beispiele:
- Hemdentuch feinfädig 58
 - Hemdentuch Cretonne schwere 68
 - Makotuch 60 cm solide Qualität 65
 - Makotuch für eleg. Wäsche sehr feinfädig 75
 - Linon 150 cm breit für Bettlicher 138
 - Dowlas 160 cm breit sehr gute Qualität für Bettlicher 153
 - Flock-Cöper 80 cm schwere Qualität, geb. 75
 - Damast 130 cm br. schwere Aussteuerware 156

Beteiligen Sie sich an unserm Wettbewerb: **„Das selbstgeschneiderte Kleid“**

Boländer

Karlsruher Winter-Veranstaltungen 1930/31.

Was veranstalten die folgenden **Kunstinstitute, Konzertdirektionen und Vereine** in diesem Winter? Der Verkehrsverein (Geschäftsstelle Rathaus) bittet, ihm rechtzeitig und laufend alle Darbietungen mitzuteilen, die für die Winterseason 1930/31 geplant sind.

Im eigenen Interesse der Veranstalter und für das Ansehen der badischen Landeshauptstadt als Kunst- und Kulturstätte wird dafür Sorge getragen, daß das gesamte Winterprogramm so weitgehend wie möglich vorbereitet wird.

Tanz-LEHRINSTITUT BRAUNAGEL
Neuankunft 13 Tel. 5839
Beginn neuer Kurse
Einzelunterricht jederzeit

Öffentl. Versammlung
am Freitag, den 17. Okt. 1930, im Hotel-Keller-Saal Bruchsal, abends 8 Uhr.
Es spricht Lz. Dr. Hans Hartmann.

Die junge Generation in England u. Frankreich
Freie Aussprache! Unkostenbeitrag 30 Pfg.

Deutsche Friedensgesellschaft
Ortsgruppe Bruchsal

Schränke
jeder Art und Größe in reichster Auswahl enorm billig
Frenndlich, Kronenstr. 37-39.

Winefanz
Gut Weinfaß erhaltenes
100 Str. löfend, 3. bef. Gottesackerstr. 17, 4. Et.

Nicht raucher!
Auskunft kostenlos.
Santitas-Depot
Ballein, S., 392 L.

Empfehle 6912

Marinaden

offen, große runde

- Bismarckheringe St. 14
- Rollmops St. 15

In Literdosen:

- Rollmops und Bismarckheringe 98
- marke Walkhoff, das Beste: Rollmops und Bismarckheringe 1.20

Dose 1/2

Now eröffnet: Filiale Mühlburg
Rheinstr. 34
Ecke Sedanstraße

BUCHERER

5% Rabatt!

Versteigerung
Freitag, 1/3 Uhr, l. 2. gegen bar, Besingstraße 13 III
eigen. Schlafzimmer, bot. Schlafzimmer, Sofa, Küchenschrank und Tisch. Abgabe, evtl. auch einzeln 6912

Schlafzimmer
hochlegantes Modell, vollert, und Reformtische, laun gebracht für 820 M. und 100 M. Umkleidekasten gegen bar zu verkaufen.
Offert. unt. Nr. 6598 an das Volksfreundbüro

Ein-, zwei- u. dreijährig **Wauwauverkäufe**
3. Reifer, Bachstr. 67.

Meine ersten Schlager

- Ein Posten Kinder-Schulstrümpfe sehr solide, kräftige Qualität schwarz und farbig. Gr. 1 Ein Posten 38
- Ein Posten Kinder-Schluphosen gute, warme Winterqualitäten viele Farben. Stück 68
- Ein Posten Kinder-Strickwesten sehr dauerhafte Qualitäten in großer Auswahl Stück 2.95
- Ein Posten Herren-Hosen schwarz-weiß u. grau gestreift 6.50
- Ein Posten gefütterte Windjacken mod. Muster in viel Farben 13.90

Siegfried Ruben
am Ludwigplatz, Eroprinzenstraße 31

Todes-Anzeige
Am 15. Oktober, vormittags 1/9 Uhr, verschied nach langem, schmerzlichem Leiden mein lieber Mann, unser herzlichgeliebter Vater

Wilhelm Kutterer
im Alter von 63 Jahren. 6619
Karst.-Parkanden, den 16. Okt. 30
Laudenstraße 40

Die trauernden Hinterbliebenen:
Frau Genoveva Kutterer und Kinder.

Beerdigung Freitag, den 17. Oktober, nachmitt. 5 Uhr, vom Trauerhaus aus.

Schlafdecken

prima Fabrikate für große Betten pass. **2.50**
St. 15.-12.-8.-5.-3.-
Große Auswahl in **Kamelhaardecken Steppdecken, Divandecken Bettuchbiber, Woldecken Regendecken**
Da keine Ladenmiete, große Ersparnis!

Arthur Baer
Kaiserstraße 133
Eingang Kreuzstr. gegenüber der Klein. Kirche
Verkaufsraum nur 1 Treppe hoch
Ratenkaufkommen!

Reiz-Beräte-Kragen

Aus unserer Spezial-Abteilung:

- Moullonette-Kragen 855 cm, schles. Ware, 2.75
- Mantelkragen Bubiform, in grau, beige u. schwarz 4.75
- Mantelkragen Krimmer, große Form 6.90
- Besatz-Felle natur australisch Kanin. Stück 75.7
- Felle Amerik. Opossum. Stück 95.7
- Krimmerbesatz schwarz-grau, 10 cm br., Mr. 1.25
- Wollbesatz 10 cm br. Mr. 1.40
- Püschbesatz 10 cm br. Mr. 4.25
- Skunks-Kanin 10 cm br. Mr. 4.25
- Seal-Kanin 10 cm br. Mr. 6.50
- Biberette-Kanin 10 cm br. Mr. 5.25
- Zobel-Kanin 10 cm br. Mr. 5.25

Aus unserer Kurzwaren-Abteilung:
10 Röllch. neger-Glanzstopfgarn 10.7
4 20 Meter. Mappe

HERMANN KARLSRUHE

COLOSSEUM

Heute abend 8 Uhr zum ersten Mal
Das große Attraktions-Programm

10 Varieténnummern in höchster Vollendung
Spitzenleistungen der Varietékunst

Sämtliche Sensationen des Abends von A-Z neu für Karlsruhe

Gänselebern
taukt fortwährend an **K. Moser**
Kreuzstraße 20, 2. Et.
Ede Karlsruherstraße

Gänselebern
taukt fortwährend an **G. Meeb**
geb. 21. Okt. 1868
Erdbrunnstraße 21
2. Et. 6608

Kinderwagen
auf bewahren Preis zu verkaufen 61158
Hauptstr. 68, 1. Et.

Kinderwagen
weicher, zu verkaufen
Währstr. 104, 3. Et.
Gut erhaltener weißer Kinderwagen
billig zu verk. 61155
Hauptstr. 70, 1. Et.

Röhmschneide
30 M. Schumacher-
maschine (Sing.) 3. bef.
Staub, Adlerstr. 9, pt. 6912

Das Wahlrecht wird in Berlin durch Stimmgeld ohne Unterfrist angedacht.
Die Stimmgelder werden amtlich hergestellt. Nur wer in die Wahlart eingetragener ist, oder durch ein Zeugnis des Bürgermeisters dem Wahlanspruch nachweist, darf sein Wahlrecht nach Absicht der Karte durch höhere Entscheidung anerkannt werden. Ist die Wahl angefallen.

Wahlbar ist jeder mindestens 25 Jahre alte Wahlberechtigte, dessen Wahlrecht nicht infolge eines gerichtlichen Beschlusses bis zum 30. Oktober 1930, nachmittags 5 Uhr, Wahlvorschlagslisten für die Wahl der Gemeindevorordneten einzureichen. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen auch die Vorschlagslisten für die Kreisabgeordneten und Bezirksräte beim Bezirkswahlleiter (Landrat) eingereicht werden.

Die Vorschlagslisten dürfen nicht mehr als doppelt so viel Namen und sollen mindestens ebenso viele Namen enthalten, als der Zahl der zu wählenden Gemeindevorordneten beträgt. Sie müssen von zehn in der Wahlart angegebenen Verordneten unterzeichnet sein.

Die Vorschlagslisten (Wahlzettel) sind in roten oder roten mit gelbem Rand zu beschriften. Der Name, Vor- und Nachname des Vorschlagsgebers, der die Liste aufstellt, ist so deutlich anzugeben, daß über ihre Echtheit kein Zweifel besteht. Soweit in diesem Zweck erforderlich, ist außer dem Namen die Vorschlagslisten und Vornamen auch die Vorschlagslisten (Wahlzettel) mit den Vorschlagsgebern oder von den Vorschlagsgebern gemeint. Die Vorschlagslisten sind in einem Umschlag zu verpacken, der die Vorschlagsliste in die Vorschlagsliste aufzunehmen.

In mehr als einer Liste darf sich kein Name wiederholen lassen. Die Wahlzettel sind in einem Umschlag zu verpacken, der die Vorschlagsliste in die Vorschlagsliste aufzunehmen.

Die Stimmgabe erfolgt mittels drei getrennten Stimmgeldern, von welchen je eines abzugeben und die Vorschlagsliste in einem Umschlag bereinigt zu übergeben.
Gaggenau, den 14. Oktober 1930.
Der Gemeindevorstand: Schneider

Schlafzimmer
Rieche oder poliert 425.- 480.- 570.- 641.
Möbelhaus Carlbaum & Co.
Kein Laden
Auswahl über 100 Zimmer u. Küchen

Unterricht
in Violin, Mandoline, Banjo, Gitarre, Klavier, Singen etc.
Kreuzstr. 25, part. 6912

25 Niesepfing-Enten
(nahe am See) zu verkaufen. Mühlburg, Ruitstr. 21. 69149

Allgemeine Ortskrankenkasse Karlsruhe
(Rabattung) 6902

Deffentliche Zahlungserinnerung
(Rabattung) 6902

Kaffastatter Anzeigen
Regelmäßige Einschätzung von Gebäuden zur Feuerversicherung betr.
In den Monaten November und Dezember findet die regelmäßige Einschätzung für die Gebäudeversicherung statt. Sie erfolgt nach amtliche in diesem Jahre neu erstellten Gebäude, soweit sie unter Dach gebracht sind, sowie auf alle Veränderungen an Gebäuden. Die Hauseigentümer werden zur Vermessung von Straßen und Verläufen der Gebäude aufgefordert, alle Veränderungen und Veränderungen bis längstens 28. Oktober ds. Js. auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 11, anzumelden, wofür nähere Auskunft erteilt wird. 1450
Karlsruhe, den 16. Oktober 1930.
Der Oberbürgermeister, Kemmer.

Rüchle in Milch, sehr gut erhalten, für 100.-, 3 Anzüge, getragen, 4.10.-, Mantel 10.-, zu verkaufen. Buhlstr. 74, 4. Et. 6912

3 Damen-Pelzkragen
billig zu verkaufen 6615
Gartenstraße 3a
part. I. Abends 8 Uhr

Durlacher Anzeigen
Geländeverpachtung.
Die Stadt Durlach läßt am **Samstag, den 18. ds. Mts.** einige Grundstücke bei der Karlsruhe Straße und im Gebirge „Ruhweide“ öffentlich verpachten.
Treffpunkt: 10 Uhr Straßenbahnhaltstelle Untermühlstraße.
Durlach, den 16. Oktober 1930.
Der Oberbürgermeister.

Verlängerung der Kanalisation in der Bergwaldstraße
Es wird darauf hingewiesen, daß am Montag, den 27. ds. Mts. mit den Kanalisationsarbeiten in der Bergwaldstraße begonnen und von diesem Zeitpunkt an die Bergwaldstraße für den Durchgangsbetrieb gesperrt werden wird.
Durlach, den 14. Oktober 1930. 1454
Der Oberbürgermeister

Gaggenauer Anzeigen
Reinigung der Wassergräben betr.
Sämtliche Wiesenbesitzer der Gem. Gaggenau werden aufgefordert, bis längstens 1. November ds. Js. die Wassergräben zu reinigen und aufzumachen. Wer dieser Aufforderung nicht nach kommt, muß die Kosten für die Reinigung, welche durch die Stadtgemeinde vorgenommen wird, tragen.
Gaggenau, den 15. Oktober 1930. 1451
Der Bürgermeister: Schneider.

Einladung zur Wahl der Gemeindevorordneten in der großen Gemeinde und Städten.
Nach Vorchrift der Gemeindeordnung hat die Reichsregierung die Wahlberechtigung für die Gemeindevorordneten in den großen Gemeinden und Städten.

Die Wahl findet nach Verordnung des Reichspräsidenten des Innern am Sonntag, den 16. November 1930, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr statt.

Die Wahl erfolgt gleichzeitig die Wahl der Kreisabgeordneten und Bezirksräte. Die Gemeinde ist laut Gemeindeverfassung vom 7. Oktober, Nr. 308, in 3 Wahlbezirke eingeteilt und zwar in:
I. Wahlbezirk Nr. I: umfassend den Ortsteil Durlach der Bahnhöhe.
II. Wahlbezirk Nr. II: enthält alle Wahlberechtigten zwischen der Bahnhöhe und der Bergwaldstraße.
III. Wahlbezirk Nr. III: umfassend die Ortsteile links der Bergwaldstraße.

Die Wahlzettel sind bestimmt:
für Wahlbezirk Nr. I: Rathaus, Zimmer Nr. 10 (2. Stock).
für Wahlbezirk Nr. II: Bürgerhaus.
für Wahlbezirk Nr. III: Volkshaus (Mala).
Bei der Wahl können nur die amtlich hergestellten Stimmgelder gültig abgegeben werden. Die Stimmgelder liegen im Wahlraum aus. Zur Teilnahme an der Wahl sind alle Deutschen berechtigt, die das 21. Lebensjahr vollendet und am Wahltag seit sechs Monaten auf der Gem. Gaggenau ihren Wohnort haben. Hat jemand mehr als einen Wohnort, so ist die Wahlberechtigung maßgebend. Wer das Wahlrecht infolge Wegzugs verloren hat, jedoch vor Ablauf von drei Jahren wieder in die Gemeinde zurückkehrt, erhält mit der Rückkehr das Wahlrecht wieder.

Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist:
a) wer entmündigt ist oder unter Vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistigen Gebrechens unter Pflegschaft steht;
b) wer rechtskräftig durch Richterpruch die bürgerlichen Ehrenrechte verloren hat.
Die Ausübung des Wahlrechts ruht für die Soldaten während der Dauer der Zugehörigkeit zur Wehrmacht.

Zu den Soldaten der Wehrmacht zählen die Mannschaften, Unteroffiziere, Feldwebel sowie die Offiziere einschließlich der Sanitäts-, Veterinär-, Feuerwerks-, Feldjäger- und Feldpostoffiziere des Reichsheeres und der Reichsmarine. Die Militärbeamten gehören nicht zu den Soldaten der Wehrmacht.

Schwebend in der Ausübung des Wahlrechts sind Personen, die wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche in einer Zeit oder wegen Verurteilung untergeordnet sind, ferner Straf- und Untersuchungsgelagene sowie Personen, die infolge gerichtlicher oder polizeilicher Anordnung in Verwahrung gehalten werden. Ausgenommen sind Personen, die sich aus politischen Gründen in Schutzhaft befinden.

Heute vormittag einliefernd:

Kabliau

Pfund **42**
im Ganzen
im Anschnitt . Pfund **45**

Frischgeräucherte
Sonnbücklinge, Lachsheringe

Pfankuch

5% Rabatt